


**ERDGASKONFLIKT
WIRTSCHAFTSKRISE**

■ VON DER REDAKTION In eigener Sache	2
■ ANALYSE Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt 2009 im Überblick Von Heiko Pleines, Bremen	3
■ ANALYSE Der neue Gasvertrag: Bedrohung und Risiken für die Ukraine Von Katerina Malygina, Eichstätt-Ingolstadt / Bremen	5
■ STATISTIK Der russisch-ukrainische Gashandel Russlands Erdgasindustrie	9 11
■ ANALYSE Der russisch-ukrainische Gaskonflikt 2009 Von Simon Pirani, Oxford	14
■ ANALYSE Zwischenhändler und die innerukrainische Dimension des Gaskonflikts Von Margarita M. Balmaceda, Cambridge, MA	18
■ ANALYSE Europas Handlungsspielraum Von Kirsten Westphal, Berlin	21
■ STATISTIK Aktuelle Wirtschaftszahlen	27
■ CHRONIK Vom 9. Dezember 2008 bis zum 27. Januar 2009	31
■ LESEHINWEIS Caucasus Analytical Digest	34



Von der Redaktion

In eigener Sache

Unser langjähriger Sponsor, die »Otto Wolff-Stiftung«, hat uns leider Anfang Januar mitgeteilt, dass er die Russland- und die Ukraine-Analysen nicht mehr weiterfördern kann. So bedauerlich das ist, sind wir der »Otto Wolff-Stiftung« doch zu großem Dank verpflichtet, dass sie es uns über fünf Jahre ermöglicht hat, das Format der Analysen zu entwickeln und sie regelmäßig erscheinen zu lassen.

Wir bemühen uns, einen neuen Sponsor zu gewinnen. Wenn dies nicht gelingt, müssen wir die Analysen leider einstellen.

Für eine Übergangszeit bis Anfang Juli wollen wir versuchen, die Analysen weiter herauszubringen. Dafür benötigen wir aber Ihre Unterstützung. So wenden wir uns an Sie mit der Bitte, uns durch eine Spende die Weiterarbeit bis zum Sommer zu ermöglichen.

Die Spende erbitten wir an die »Forschungsstelle Osteuropa«. Da diese gemeinnützig ist, können Spenden von der Steuer abgesetzt werden. Bei Spenden bis zu 100 Euro reicht der Überweisungsbeleg Ihrer Bank als Spendenquittung. Bei größeren Beträgen geben Sie bitte Ihre Postadresse an, Sie erhalten dann eine Spendenquittung per Post.

Die Bankverbindung lautet:

Forschungsstelle Osteuropa

Konto-Nr. 1228 7868

Sparkasse Bremen

BLZ 290 501 01

Bei der Überweisung bitte unbedingt »**Spende für die Länderanalysen**« als Verwendungszweck angeben.

Die Redaktion der Russland- und Ukraine-Analysen

Matthias Neumann, Heiko Pleines, Henning Schröder

Analyse

Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt 2009 im Überblick

Von Heiko Pleines, Bremen

Einleitung

Der russisch-ukrainische Erdgashandel besteht aus zwei Elementen. Zum einen importiert die Ukraine Erdgas und gehört zu den größten Abnehmerländern des russischen Erdgaskonzerns Gazprom. Zum anderen ist die Ukraine das wichtigste Transitland für Gazproms Erdgasexporte. Der Erdgashandel ist seit dem Ende der Sowjetunion regelmäßig Gegenstand von Konflikten auf dem Gebiet der GUS. Die Ukraine hat mit Russland mehrfach Erdgaskonflikte ausgefochten, die zu Lieferstopps geführt haben. Im Januar 2009 kam es erneut zu einer Eskalation des Erdgasstreits.

Auf russischer Seite versucht Gazprom schon seit einigen Jahren sein wirtschaftliches Ergebnis durch höhere Preise für Erdgaslieferungen in die GUS zu verbessern. Die GUS hat einen Anteil von mehr als einem Drittel an Gazproms Erdgasexporten. Die Ukraine allein hat einen Anteil von 20 % und liegt damit vor Deutschland. Gleichzeitig hat Gazprom ein Interesse daran, die ukrainischen Erdgaspipelines zu übernehmen, um den Transit besser kontrollieren zu können. Langfristig versucht Gazprom außerdem, die Bedeutung der Ukraine als Transitland durch nördliche und südliche Umgehungsrouten durch die Ostsee (NordStream) bzw. das Schwarze Meer (SouthStream) zu reduzieren.

Die politische Führung Russlands nutzte diesen Konflikt, um der Ukraine angesichts ihrer Westorientierung (symbolisiert durch das Interesse an einer NATO-Mitgliedschaft) die Abhängigkeit von Russland zu demonstrieren. Auch hier bestätigt sich (wie schon im Südossetien-Krieg), dass Russland seine Interessen in der GUS aggressiv vertritt und immer weniger Rücksicht auf internationale Reaktionen nimmt.

Die Ukraine wiederum steht mit dem Rücken zur Wand. Das Land dürfte der Zahlungsunfähigkeit in Folge der internationalen Finanzkrise wohl nur durch einen IWF-Kredit in Höhe von 16,4 Mrd. US-Dollar entgangen sein. Da die Erdgasimporte über eine staatliche Firma abgewickelt werden und der Staat für ukrainische Privatverbraucher den Erdgaspreis stark subventioniert, bedeutet der Erdgashandel eine erhebliche finanzielle Belastung für den Staatshaushalt. Die ukrainischen Zahlungen für Erdgasimporte (ohne Verzugszinsen und Strafzahlungen) beliefen sich 2008 auf über 8 Mrd. US-Dollar. Eine volle Weitergabe der Preiserhöhungen an die Endverbraucher unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise würde für die angeschlagene Koalitionsregierung politischen Selbstmord bedeuten.

Gleichzeitig konnte die Ukraine davon ausgehen, dass Gazprom aufgrund seiner Abhängigkeit von ukrai-

nischen Transitpipelines erpressbar ist, und genau wie 2006 illegalen ukrainischen Gasentnahmen aufgrund der Verpflichtung gegenüber den europäischen Kunden wenig entgegenzusetzen kann. Eine Beteiligung Gazproms an den Transitpipelines wird von allen politischen Kräften in der Ukraine (einschließlich der »pro-russischen« Partei der Regionen) unter Berufung auf die nationale Sicherheit abgelehnt.

Chronik

Da eine Einigung über den zukünftigen Lieferpreis bis Ende Dezember 2008 nicht erreicht wurde, stellt Gazprom zum Jahresbeginn 2009 die Erdgaslieferungen an die Ukraine ein. Während Gazprom eine Preiserhöhung von 180 US-Dollar/1000 m³ auf 250 US-Dollar/1000 m³ anstrebt (und im Zuge der Eskalation des Streits sogar eine Preisforderung von 450 US-Dollar/1000 m³ erhebt), will die Ukraine maximal 201 US-Dollar/1000 m³ zahlen und gleichzeitig die Transitgebühr für russisches Erdgas erhöhen.

Hinzu kommt, dass die Ukraine die Bezahlung des bisher gelieferten Erdgases verzögert. Die Zahlung vom 30.12.2008 kommt nicht mehr zum Jahresende bei Gazprom an. Zusätzlich fordert Gazprom noch 0,6 Mrd. US-Dollar an Zins- und Strafzahlungen. Diese Forderung wird jedoch von der ukrainischen Seite nicht anerkannt. Gazprom erhebt deswegen Klage vor dem internationalen Wirtschaftsschiedsgericht in Stockholm, das grundsätzlich in den russisch-ukrainischen Erdgasverträgen als Schlichtungsorgan vorgesehen ist, bisher jedoch nicht die Möglichkeit erhielt nachhaltig tätig zu werden.

Nach eigenen Angaben liefert Gazprom Anfang Januar 2009 weiterhin in vollem Umfang Erdgas für den Transit durch die Ukraine. Bei europäischen Abnehmern kommt es jedoch trotzdem zu einem Lieferrückgang. Gazprom macht illegale Entnahmen der Ukraine hierfür verantwortlich. Die Ukraine lässt verlauten, Gazprom habe die Liefermengen wohl reduziert,

weil es aufgrund des kalten Winters nicht über ausreichende Gasvorräte verfüge.

Mit dem Vorwurf der illegalen Entnahmen durch die Ukraine begründet Gazprom am 7.1.2009 die vollständige Einstellung von Gaslieferungen in Richtung Ukraine. Die russischen Lieferungen nach Europa gehen deshalb drastisch zurück. Einige Länder auf dem Balkan und in Mitteleuropa erhalten überhaupt keine russischen Lieferungen mehr. Am stärksten betroffen sind Bulgarien, die Slowakei und Moldawien.

Unter Vermittlung der EU einigen sich Russland und die Ukraine auf eine Wiederaufnahme des Transits. Eine Beobachtermission der EU soll den Gastransit überwachen und bei Bedarf klären, ob fehlende Lieferungen der russischen oder ukrainischen Seite anzulasten sind. Die ukrainische Seite fügt in das Abkommen bei der Unterschrift einseitig eine Zusatzklärung ein, woraufhin die russische Seite das Abkommen aussetzt. Am 12.1.2009 wird das Abkommen schließlich ohne Zusätze unterzeichnet und die EU-Beobachter nehmen ihre Arbeit auf. Es stellt sich jedoch heraus, dass sie aufgrund eingeschränkter Zugang zu den Verteilern nicht in der Lage sind, die Erdgaslieferungen umfassend zu überprüfen.

Wenige Stunden nach der Wiederaufnahme der Lieferungen durch Russland stellt die Ukraine am 14.1.2009 den Transit ein, da die russische Liefermenge nicht ausreicht, den erforderlichen Druck zu erzeugen. Die Ukraine verwendet deshalb einen Teil der russischen Lieferung als technisches Gas. Der russische Präsident Dmitri Medwedew lädt daraufhin alle Konfliktparteien zu einem Krisengipfel nach Moskau ein.

Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin trifft sich am 16.1.2009 in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er schlägt vor, dass die EU-Erdgaskunden für die Ukraine das technische Gas bereitstellen. Im Kontext des Besuchs wird (u. a. durch den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft) auch der Vorschlag aufgegriffen, ein internationales Konsortium als Betreiber der ukrainischen Transitpipelines einzusetzen.

Beim Krisengipfel in Moskau am 18.1.2009 einigt sich Putin dann mit seiner ukrainischen Amtskollegin Julia Timoschenko auf eine Lösung. Es werden

zwei separate Verträge für den ukrainischen Erdgas-Transit und den ukrainischen Erdgasimport entworfen. Zusätzlich wird die Rolle eines westlichen Konsortiums bei der Betreuung der ukrainischen Transitpipelines diskutiert. Die Verträge zu Transit und Import werden am 19.1.2009 von beiden Seiten unterschrieben. Am 20.1.2009 werden die russischen Gaslieferungen in Richtung Ukraine wieder aufgenommen.

Die Verträge haben eine Laufzeit bis 2019. Die ukrainischen Import- und Transitpreise sollen an die europäische Preisformel (Koppelung an den Erdölpreis mit quartalsweiser Berechnung) angeglichen werden. Für 2009 soll die Ukraine einen Rabatt von 20 % erhalten und dafür im Gegenzug die Transitpreise nicht erhöhen. Zwischenhändler sind nicht mehr vorgesehen.

Ausblick

Mit dem Ausschluss der Zwischenhändler und dem Übergang zu einer langfristigen, vertraglichen Regelung sind die formalen Grundlagen für einen stabilen Erdgashandel gelegt. Aufgrund der bisherigen Erfahrung mit dem Umgang beider Seiten mit vertraglichen Verpflichtungen muss aber damit gerechnet werden, dass sowohl Zahlungsschwierigkeiten der Ukraine als auch außenpolitische Spannungen zwischen den beiden Ländern schnell wieder zu einer Eskalation führen können.

Die Ukraine muss ihren Energieverbrauch dringend reduzieren, um die aus den neuen Erdgaspreisen resultierenden erheblichen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Belastungen abzufedern. Hinzu kommt als weiteres Problem der große Modernisierungsbedarf des ukrainischen Pipelinennetzes, der wohl nur mit Hilfe ausländischer Investitionen zu decken ist. Während Russland in Reaktion auf den Konflikt mit der Ukraine die Bedeutung seiner Pläne für Exportpipelines unter Umgehung problematischer Transitländer (NordStream und SouthStream) betont, fordern vor allem die ehemals sozialistischen EU-Mitgliedsländer unter Führung von Polen nun verstärkt die Forcierung alternativer Pipelineprojekte und insbesondere der Nabucco-Pipeline.

Über den Autor

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Analyse

Der neue Gasvertrag: Bedrohung und Risiken für die Ukraine

Von Katerina Malygina, Eichstätt-Ingolstadt / Bremen

Die schärfste Auseinandersetzung in der Geschichte der »Gas-Kriege« zwischen Russland und der Ukraine ist vorüber. Am 19. Januar 2009 wurde das Gasabkommen zwischen dem ukrainischen Energieversorger »Naftohaz Ukrainy« und dem russischen Gaslieferanten »Gazprom« für die Jahre 2009 bis 2019 in Moskau unterzeichnet. Die Ukraine erhält laut Abkommen für das Jahr 2009 eine Ermäßigung von 20% auf den ausgehandelten Gaspreis, der dem mitteleuropäischen entspricht. Die von Russland zu zahlenden Transitgebühren für das russische Gas im Jahr 2009 bleiben jedoch auf dem Niveau von 2008 – 1,7 US-Dollar pro 1000 m³ für 100 km.

Einleitung

Dieser Krieg kennt keine Sieger. Der Streit mit dem russischen Nachbarn hat schon jetzt eine zusätzliche Schwächung der ukrainischen Wirtschaft zur Folge. So stellten aufgrund des Gaslieferstopps das Hafenerwerk Odessa, der Chemiekonzern »Stirol« und andere große Industrieunternehmen die Produktion ein (ihr gemeinsamer Anteil am BIP beträgt etwa 3%). Aber auch russische Unternehmen müssen Verluste hinnehmen: Nach unterschiedlichen Schätzungen belaufen sich die finanziellen Einbußen von Gazprom auf 1,5–2 Mrd. US-Dollar. Die geringeren Deviseneinnahmen haben in Russland bereits zu Abwertungstendenzen geführt. Am 20. Januar brach der Wechselkurs des Rubel alle bisherigen Rekorde – er stieg auf 32,2 Rubel pro Dollar. Gazprom drohen nun millionenschwere Klagen europäischer Gasunternehmen. Am wichtigsten ist jedoch, dass beide Länder einen schweren Imageschaden aus dem Gaskonflikt davongetragen haben. So erklärte der Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso, die Verlässlichkeit Russlands und der Ukraine als Partner der EU sei fragwürdig geworden.

Enorme finanzielle Verluste und die Unnachgiebigkeit der Ukraine führten in Moskau zu einer ausgesprochen harten Position in Bezug auf die neuen Gasbeziehungen zur Ukraine. Das unterzeichnete Abkommen hat den fortwährenden politischen Konflikt in der Ukraine bereits verschärft. So kritisierte Präsident Viktor Juschtschenko heftig die von Julia Timoschenko ausgehandelten Verträge. Timoschenko nannte die Vereinbarungen »einzigartig«. Aber wodurch wird das neue Abkommen eigentlich »einzigartig« und welche Auswirkungen hat es auf die Ukraine?

»Einzigartige« Regelungen

Laut Timoschenko besteht die Einzigartigkeit des Gasabkommens darin, dass die Verträge zum ersten Mal direkt zwischen den Energiekonzernen Naftohaz und

Gazprom ohne einen Vermittler unterzeichnet wurden. Erstmals ist in diesen Verträgen die Gasbeziehung zwischen Russland und der Ukraine für viele Jahre geregelt. Letztendlich werden die Gaspreise für die Ukraine nach europäischem Muster an die Erdölpreise gekoppelt.

Zweifelsohne ist die Ausschaltung des ominösen Zwischenhändlers »RosUkrEnergo« (RUE) aus dem Gashandel ein ausgesprochen positives Ergebnis für die Ukraine. Allerdings ist nicht nur Timoschenko mit ihrem aktiven Auftreten dafür verantwortlich, sondern auch Gazprom hatte Interesse an dieser Regelung. Mit dem Ziel, die Rentabilität des Pipelineprojekts »Nabucco« zu senken, erhöhte Russland die Preise für Gas aus Zentralasien. Dadurch wurden jegliche Vermittlerdienste unrentabel.

Die Beseitigung des Zwischenhändlers ist aber leider die einzige positive Regelung im Vertrag. Der ausgehandelte Anstieg des Gaspreises auf Marktniveau ab 1. Januar 2009 ist sehr unvorteilhaft für die Ukraine. Der Erdgaspreis soll sich nach einer Preisformel quartalsweise ändern, ausgehend von einem Basispreis von 450 US-Dollar pro 1000 m³. Julia Timoschenko versicherte, dieser Basispreis entspräche dem durchschnittlichen europäischen Erdgaspreis für das erste Quartal 2009. Wenn man aber die von Naftohaz bekanntgegebenen Quartalspreise für die Ukraine in durchschnittliche europäische Quartalspreise umrechnet, dann beläuft sich nach dieser Logik der jährliche Durchschnittspreis für Europa auf 316 US-Dollar pro 1000 m³. Gazprom erklärte jedoch vor Kurzem, der jährliche Durchschnittspreis für Europa liege bei 280 US-Dollar. Demzufolge wird das Erdgas für die Ukraine in Zukunft teurer sein als für Europa. Russland kann mit diesem hoch angesetzten Basispreis von 450 US-Dollar die hohen zentralasiatischen Gaspreise ausgleichen und dieses Gas dann gewinnbringend an die Ukraine verkaufen. In jedem Fall hat Russland alles getan, um

den größtmöglichen Nutzen aus den Verhandlungen zu ziehen.

Im Grunde ist es Ministerpräsidentin Timoschenko mit allerlei Tricks gelungen, einen relativ günstigen Gaspreis für das laufende Jahr festzuschreiben. Sie verkündete, der jährliche Durchschnittspreis für die Ukraine werde im Jahr 2009 bei 228,8 US-Dollar pro 1000 m³ liegen. Dafür wird nicht nur der gewährte Rabatt von 20% sorgen. So hat Naftohaz Ukrainy des Weiteren vor, im ersten Quartal 2009, wenn der Gaspreis für die Ukraine am höchsten sein wird (360 US-Dollar pro 1000 m³), nur eine Mindestmenge Erdgas zu kaufen – gerade mal 5 Mrd. m³. Der ukrainische Energiekonzern hat darüber hinaus Anspruch auf 11 Mrd. m³ Erdgas des ehemaligen Zwischenhändlers RosUkrEnergo, das sich derzeit in den ukrainischen Gasspeicheranlagen befindet. Naftohaz Ukrainy kaufte die Schulden von RosUkrEnergo gegenüber Gazprom in Höhe von rund 1,7 Mrd. US-Dollar, konnte diese jedoch wegen finanzieller Engpässe nicht sofort begleichen. Deshalb wurde für die Schuldenbegleichung eine Vorauszahlung Russlands für anfallende Transitgebühren eingesetzt. Nun hat Naftohaz jedoch Probleme im eigenen Land, denn RUE ist nicht bereit seine Eigentumsrechte an den Gasvorräten zu übertragen. Wenn das Geschäft erfolgreich abgewickelt wird, können die 11 Mrd. m³ Gas für lediglich 154 US-Dollar pro 1000 m³ gekauft werden, was nochmals 25 US-Dollar weniger wären als im letzten Jahr.

Alle Abschläge zusammengerechnet wird die Ukraine in diesem Jahr jedoch mehr als 9 Mrd. US-Dollar für importiertes Gas bezahlen, während Russland der Ukraine nur etwa 0,6 Mrd. US-Dollar schuldig sein wird – die tatsächliche von Russland zu zahlende Transitgebühr von 2,3 Mrd. US-Dollar verringert sich um die erwähnten 1,7 Mrd. US-Dollar, die Gazprom durch den Schuldenausgleich von RUE an Naftohaz »bezahlt« hat. Die Beibehaltung der Transitgebühren auf Vorjahresniveau und die rasche Angleichung des Gaspreises an den Marktpreis verdeutlichen die Asymmetrie in den abgeschlossenen Verträgen. Bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus, dass der gewährte Rabatt in Höhe von 20% auf den Gaspreis mit einem Rabatt von rund 60% auf die Transitgebühren verknüpft ist. Dieses Missverhältnis wird auch im nächsten Jahr erhalten bleiben, wenn die Transitgebühren nach der Vertragsformel berechnet werden. Gazprom hat bereits angekündigt, dass der Preis für den Transit bei 2,66 US-Dollar pro 1000 m³ für 100 km liegen wird. Zum Vergleich: Die durchschnittlichen europäischen Transitgebühren liegen bei etwa 4 US-Dol-

lar. Nach Schätzungen ukrainischer Experten müssten die Transitzahlungen auf 5,11 US-Dollar erhöht werden, um die Kosten des Pipeline-Netzes zu decken. Auf diese Weise subventioniert die Ukraine den Transit von russischem Gas.

Im Präsidialsekretariat der Ukraine spricht man ebenfalls von einer Asymmetrie in den Verträgen. Einerseits soll die Ukraine auch im Falle von bilateralen Streitigkeiten den Transit von russischem Gas fortsetzen, während Russland weiterhin das Recht hat, seine Lieferungen im Bedarfsfall zu stoppen. Andererseits muss die Ukraine das importierte Gas nach dem Prinzip »Take-or-pay« (»Nimm oder zahle«) kaufen. Das bedeutet, die Ukraine ist verpflichtet, für die gesamte Menge des gelieferten Gases zu bezahlen, unabhängig von der tatsächlich verbrauchten Menge. Gleichzeitig darf Russland das Transitvolumen beliebig ändern. Hier gilt also ein anderer Grundsatz: »Wir zahlen nur für tatsächlich durchgeleitetes Gas«.

Eine weitere günstige Entwicklung ist für Russland die verstärkte Präsenz von Gazprom auf dem ukrainischen Gasmarkt. Nach den neuesten Vereinbarungen hat die im Frühjahr 2008 gegründete Tochter von Gazprom, »Gazprom sbyt Ukraina«, 25% des ukrainischen Marktes erhalten – das entspricht einem Verkauf von rund 13,5 Mrd. m³ Erdgas. Im Jahr 2008 durfte das Unternehmen nur 7,5 Mrd. m³ Erdgas verkaufen.

Wenn die Ukraine mit ihren Zahlung in Verzug geraten sollte, sieht das Abkommen den Übergang zu 100%-igen Vorauszahlungen vor. Nach Aussage des Präsidialsekretariats hat Russland diese Regelung speziell für die Ukraine entwickelt, denn es gibt kein europäisches Land, in dem eine solche Klausel üblich wäre.

Insgesamt zeigt die Asymmetrie in den Verträgen, dass die politische Komponente in den Gasbeziehungen zwischen Russland und der Ukraine auch heute noch eine wichtige Rolle spielt. Wären hier nur wirtschaftliche Interessen wirksam, wären vorteilhafte Ergebnisse für beide Partner Bedingung gewesen.

Auswirkungen auf die Wirtschaft

Die Ukraine hat folglich einen langfristigen Vertrag zu sehr ungünstigen Bedingungen unterzeichnet. Dies wird sich auf den schon jetzt beklagenswerten Zustand der ukrainischen Wirtschaft negativ auswirken. In Anbetracht der erhöhten Preise für das importierte Gas muss auch Naftohaz Ukrainy die Preise für alle Verbrauchergruppen auf dem Binnenmarkt anheben. Die ukrainischen Unternehmer hatten jedoch schon im Jahr 2008 aufgrund verschiedener Aufschläge einen Preis von 300–330 US-Dollar pro 1000 m³ Erdgas zu zah-

len. Allerdings darf man nicht außer Acht lassen, dass das Jahr 2008 auch ein Rekordjahr in Hinblick auf die Preise für Produkte ukrainischer Unternehmen war. So konnte die ukrainische Wirtschaft die hohen Gaspreise trotz allem bezahlen und sogar Profit abwerfen. Wenn aber der Erdgaspreis für die Industrie auf dem hohen Vorjahresniveau stagniert, droht der ukrainischen Volkswirtschaft eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit. Um dies zu verhindern, müssen die ukrainischen Politiker Naftohaz Ukrainy weiterhin aus dem Staatshaushalt subventionieren. Das Budget für das Jahr 2009 sieht eine Unterstützung für Naftohaz in Höhe von 916 Mio. US-Dollar vor. Im Jahr 2008 wurden für diesen Zweck mehr als 1 Mrd. US-Dollar überwiesen. In Anbetracht der sich verändernden Bedingungen wird dieser Betrag wahrscheinlich noch einmal erhöht werden. Die benötigten Subventionen steigen aber schon allein aufgrund der Kopplung des Erdgaspreises für die Verbraucher an den amtlichen Wechselkurs seit Ende letzten Jahres. Während Naftohaz von Russland Gas in US-Dollar kauft, vertreibt es die Ware auf dem Inlandsmarkt in ukrainischen Hrywnia. Die Abwertung des Hrywnia führt dann folglich zu einer weiteren Erhöhung der Subventionen. All dies wird den Haushalt zusätzlich belasten.

Für die Ukraine wird es sehr schwer sein, die Rechnungen für das Erdgas fristgerecht zu zahlen. Im Jahr 2008 konnte Naftohaz seine Schulden gegenüber Gazprom nur deshalb zurückzahlen, weil das Unternehmen Kredite von staatlichen Banken bekam. Nachdem Naftohaz bei der Ukrainischen Nationalbank mit einem Schlag fast eine Milliarde US-Dollar kaufte, um damit seine Schulden bei Gazprom zu begleichen, brach der Wechselkurs am Folgetag ein. Wenn sich solche Vorgehensweisen auch in Zukunft wiederholen, ist die weitere Abwertung des Hrywnia und eine steigende Verschuldung der öffentlichen Kassen nicht ausgeschlossen. Außerdem droht der Ukraine bei Zahlungsverzug, wie bereits erwähnt, die Forderung nach Begleichung der Rechnungen im Voraus. Dies würde bedeuten, dass die Ukraine einen bedeutenden Teil des Staatshaushaltes für die Zahlungen an Gazprom bereitstellen müsste, noch bevor Steuern und Abgaben überhaupt eingegangen sind.

Problematisch für die rechtzeitige Bezahlung der Gasrechnungen ist auch die schwierige finanzielle Situation bei Naftohaz. In letzter Zeit befand sich Naftohaz beständig am Rande des Bankrotts. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der finanziellen Lage des Unternehmens durch die Ausschaltung des Zwischenhändlers ist jedoch nicht gerechtfertigt. Selbst nach dem Aus-

schluss von RUE kann Naftohaz seine Präsenz auf dem Gasmarkt im besten Falle von 50% auf 75% erhöhen (25% sind für »Gazprom Sbyt Ukrainy« reserviert) und damit seine Einnahmen lediglich um ein Viertel erhöhen. Aber selbst diese bescheidene Zunahme der Einnahmen könnte durch eine sinkende Nachfrage nach Gas in den Industrieunternehmen aufgehoben werden. So planen die ukrainischen Industrieunternehmen im Jahr 2009 nur 24 Mrd. Kubikmeter Erdgas statt der bisherigen 30 Mrd. zu kaufen. Daher scheint es recht unwahrscheinlich, dass Naftohaz die Einkünfte des letzten Jahres um 7 Mrd. US-Dollar anheben können wird. Des Weiteren bezahlen viele nichtindustrielle Verbraucher ihre Gasrechnungen mit Verzögerung. Ihre gemeinsame Verpflichtung gegenüber Naftohaz für die Jahre 1998 bis 2008 beträgt etwa 800 Mio. US-Dollar. Der Schuldenstand von Naftohaz selbst beläuft sich auf rund 9 Mrd. US-Dollar, wobei rund 2 Mrd. US-Dollar bereits in diesem Jahr zurückgezahlt werden müssen. So steht Ende des Jahres ein riesiges Haushaltsdefizit bei Naftohaz zu erwarten.

Das einzig positive Moment für die Wirtschaft der Ukraine ist folgendes: Aufgrund der hohen Erdgaspreise werden die Ukrainer dazu gezwungen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Energie einzusparen. Die ukrainische Volkswirtschaft ist 2–2,5-mal energieintensiver als die Volkswirtschaften der Europäischen Union. In Reaktion auf die Krise haben einige Stahlunternehmen bereits begonnen, in ihrem Produktionsprozess Erdgas durch Koks zu ersetzen. Wenn die Ukraine zudem in der Lage wäre, ihren Energiebedarf zu verringern, könnte sie in Zukunft das von ihr geförderte Gas nach Europa verkaufen. Russisches Gas kommt dafür nicht in Frage, weil der Re-Export dieses Gases verboten ist.

All diese Tendenzen bestätigen die düsteren Prognosen zur wirtschaftlichen Lage der Ukraine. Die Ukraine hält den Weltrekord beim Sturzflug der industriellen Produktion, der Inflation, der Abwertung der nationalen Währung und beim Rückgang der Aktienindizes. Im neuen UN-Bericht über die wirtschaftliche Lage in der Welt spricht man deshalb schon von einem wahrscheinlichen Staatsbankrott der Ukraine.

Ein neuer Gasstreit scheint möglich

Zu der beschriebenen Verschärfung des Gasstreits zwischen der Ukraine und Russland zum Jahreswechsel 2008/2009 kam es vermutlich, weil Russland versuchte, das sogenannte »belarussische Szenario« auch in der Ukraine zu realisieren. Vor zwei Jahren haben Belarus und Russland einen Fünf-Jahres-Vertrag für die Liefere-

rung und den Transit von Gas unterzeichnet. Im Rahmen dieses Abkommens geht Belarus im Jahr 2011 zu einer europäischen Preisbildung über. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt ein Rabatt-System. Im Gegenzug für die Ermäßigungen erwirbt Gazprom bis zum Jahr 2010 einen 50%-igen Anteil am belarussischen Pipeline-Netz Beltransgaz. Derzeit besitzt Gazprom bereits 25%.

Ursprünglich war auch für die Ukraine ein schrittweiser Übergang zum europäischen Gaspreise innerhalb von drei Jahren vorgesehen. Dieses Ansinnen fand seinen Niederschlag in der Vereinbarung zwischen Putin und Timoschenko vom Oktober 2008. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Putin während der Verhandlungen über den neuen Gas-Vertrag mit der Ukraine in diesem Winter abermals forderte, das ukrainische Pipeline-Netz zu privatisieren oder langfristig zu vermieten. Nach den ukrainischen Rechtsvorschriften aber ist die Privatisierung des Pipeline-Netzes verboten. Darüber hinaus hat das Netz große Bedeutung für die nationale Sicherheit. Und tatsächlich könnte Gazprom mit dem ukrainischen Pipeline-Netz zum Liefer-Monopolisten in jeder Hinsicht werden. Alle anderen Transitwege für russisches Gas nach Europa werden bereits von Gazprom kontrolliert oder werden in naher Zukunft der Kontrolle des Unternehmens unterworfen. Deshalb wollen die Ukrainer ihr Pipeline-Netz den Russen weder verkaufen noch vermieten. Sogar der Gas-Krieg zu Beginn des Jahres konnte die ukrainische Führung nicht zur Kapitulation vor Gazprom zwingen: Zwar appellierte Putin noch einmal an die Europäer, doch ein internationales Gas-Konsortium zur Kontrolle des ukrainischen Pipeline-Netzes zu bilden, die ukrainische Seite jedoch lehnte diesen Vorschlag erneut ab.

Es ist möglich, dass die Ukraine im Gegensatz zu Belarus gerade aus den genannten Gründen dem beschleunigten Übergang zu europäischen Marktpreisen zugestimmt hat. Damit hat »das belarussische Szenario« seine Relevanz verloren und der Kreml muss nach einer neuen Strategie suchen. Was die »Energie-Waffe«

nicht schaffen konnte, kann vielleicht durch eine starke Verschuldung erzielt werden. Für diese Taktik käme die Weltwirtschaftskrise genau zum richtigen Zeitpunkt.

Unvorteilhafte Regelungen im Gasabkommen und der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch der Ukraine erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Gas-Konflikts. Dabei könnten sich die Ereignisse in zwei unterschiedliche Richtungen entwickeln.

Russland hat laut Vertrag das Recht, seine Gaslieferungen an die Ukraine zu stoppen, wenn diese ihre Schulden nicht fristgerecht bezahlt. Dieser Schritt könnte jedoch zu technischen Problemen bei der Durchleitung des Gases nach Europa führen. In diesem Falle würden sich die Ereignisse vom Beginn des Jahres 2009 wiederholen. Der einzige Unterschied wäre, dass alle Schuld an den Lieferausfällen und alle Verantwortung für die daraus entstehenden Probleme auf die Ukraine übertragen würden. So gerät die Ukraine in die Falle Putins, die in den unterzeichneten Vertrag eingeschrieben ist.

Im zweiten Szenario würde Russland die Gaslieferungen nicht stoppen, sondern erhebliche Schulden und Geldbußen auflaufen lassen. Der Ukraine würde es wahrscheinlich nicht gelingen, die Gas-Schulden mit neuen Krediten zu refinanzieren. Dann wäre der Zeitpunkt gekommen, an dem Gazprom versuchen würde, das ukrainische Pipeline-Netz im Tausch gegen die Schulden zu erwerben. Einen Fall dieser Art gab es bereits: Russland tauschte in den späten 1990er Jahren ukrainische Gas-Schulden gegen einen langfristigen Pachtvertrag für die russische Schwarzmeerflotte. Um einer derartigen Erpressung zu entgehen, könnte sich die Ukraine Bankrott erklären. Allerdings würde das die Gefahr neuer Gas-Engpässe erhöhen. In diesem Fall würde Putin die Frage eines Gas-Konsortiums sicher wieder auf die Tagesordnung setzen.

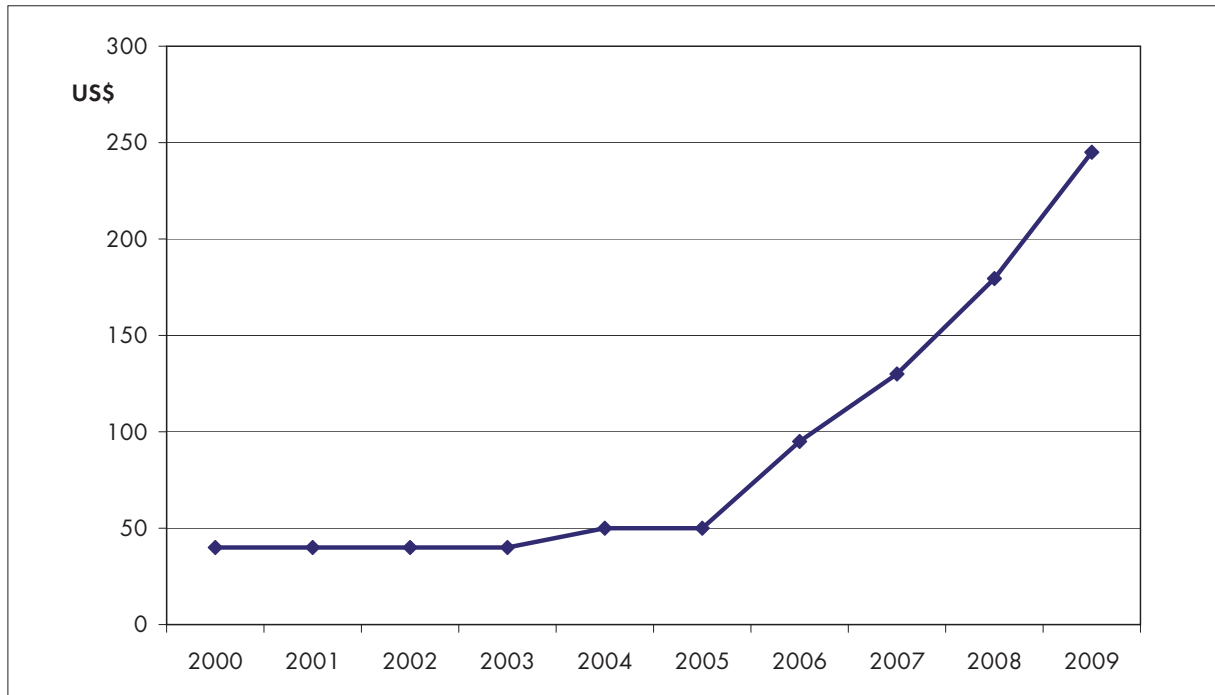
Wie sich die Situation auch entwickeln mag, Russland bleibt in jedem Fall der Gewinner.

Über die Autorin:

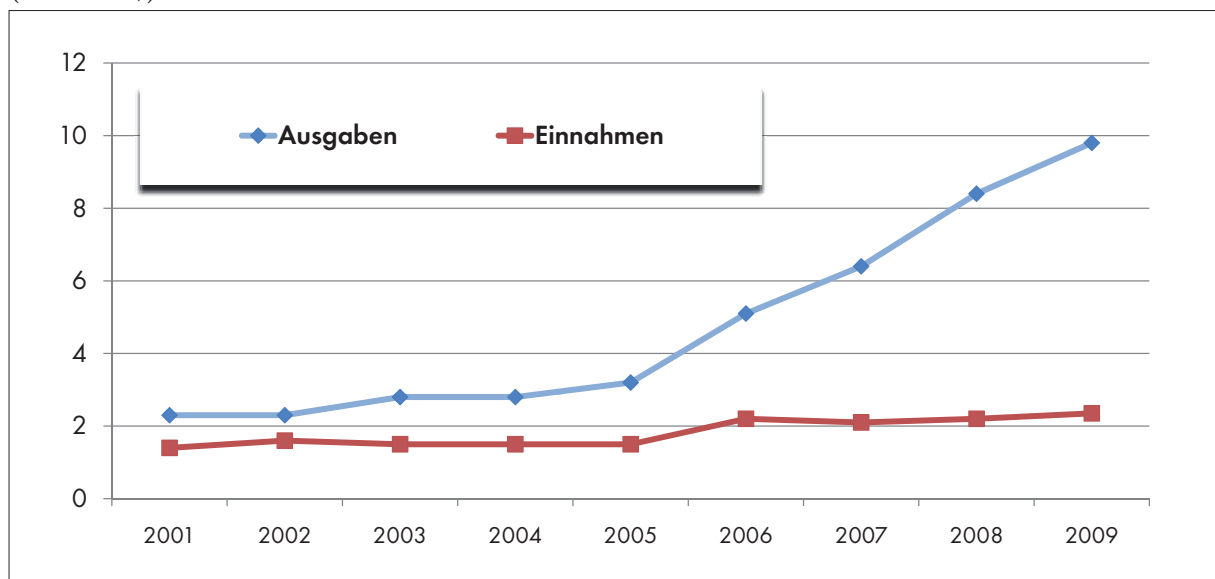
Katerina Malygina ist DAAD/OSI Stipendiatin und studiert im Masterstudiengang für Internationale Beziehungen an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Sie ist freie Mitarbeiterin der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Statistik

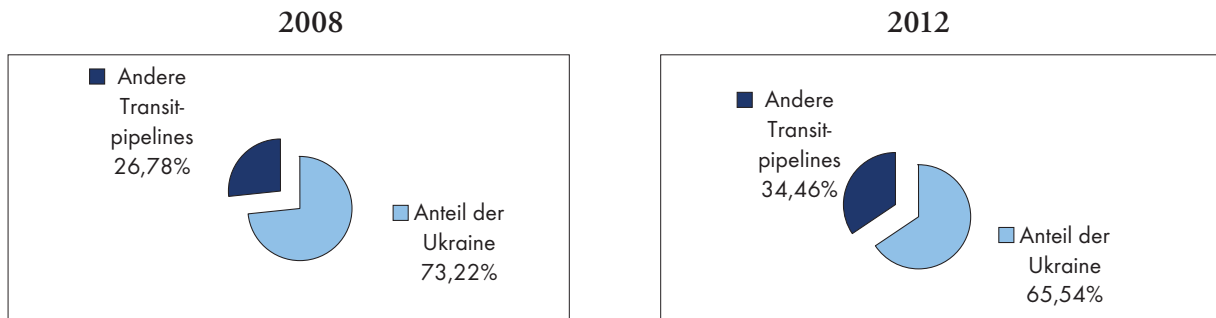
Der russisch-ukrainische Gashandel

Grafik 1: Ukrainische Importpreise für Erdgas 2000–2009 (US\$/Tsd. m³)


Quellen: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew, http://ier.org.ua/papers_en/v12_en.pdf

Grafik 2: Ukrainische Ausgaben für Erdgasimporte und Einnahmen durch Transit von Erdgas (Mrd. US\$)


Quelle: Simon Pirani, Oxford Institute for Energy Studies.

Grafik 3: Ukrainischer Anteil an Transitpipelines für russisches Erdgas


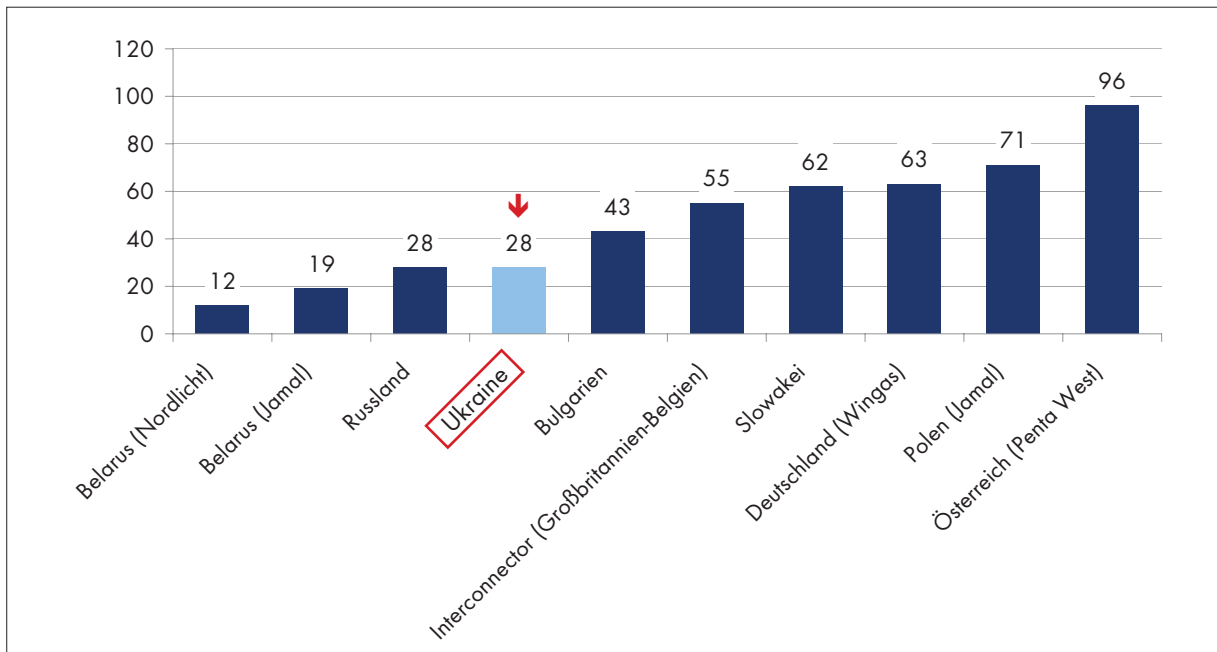
Quelle: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen – eigene Zusammenstellung; siehe Tabelle 1 unten.

Tabelle 1: Gazproms Exportrouten (in Mrd. m³)

Pipeline	Route	Kapazität 2008	Kapazität 2012
»Bruderschaft« / »Union« (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Ukraine – Zentraleuropa	130	130
»Nordlicht« (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Belarus – Ukraine – Zentraleuropa	25	25
Trans-Balkans (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Ukraine – Balkan	20	20
Finnland Connector (Sowjetisches Pipelinenetz, ausgebaut 1999)	Russland – Finnland	20	20
Jamal-Europa (seit 1999 in Betrieb)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	28	28
»Blauer Strom« (seit 2002 in Betrieb)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16	16
Ostseepipeline (Inbetriebnahme für 2011/2012 geplant)	Russland – Ostsee – Deutschland	-	28
Gesamtkapazität		239	267

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen – eigene Zusammenstellung.

Grafik 4: Gebühren für den Erdgas transit im internationalen Vergleich (2006, €/m³/350km/h/Jahr)

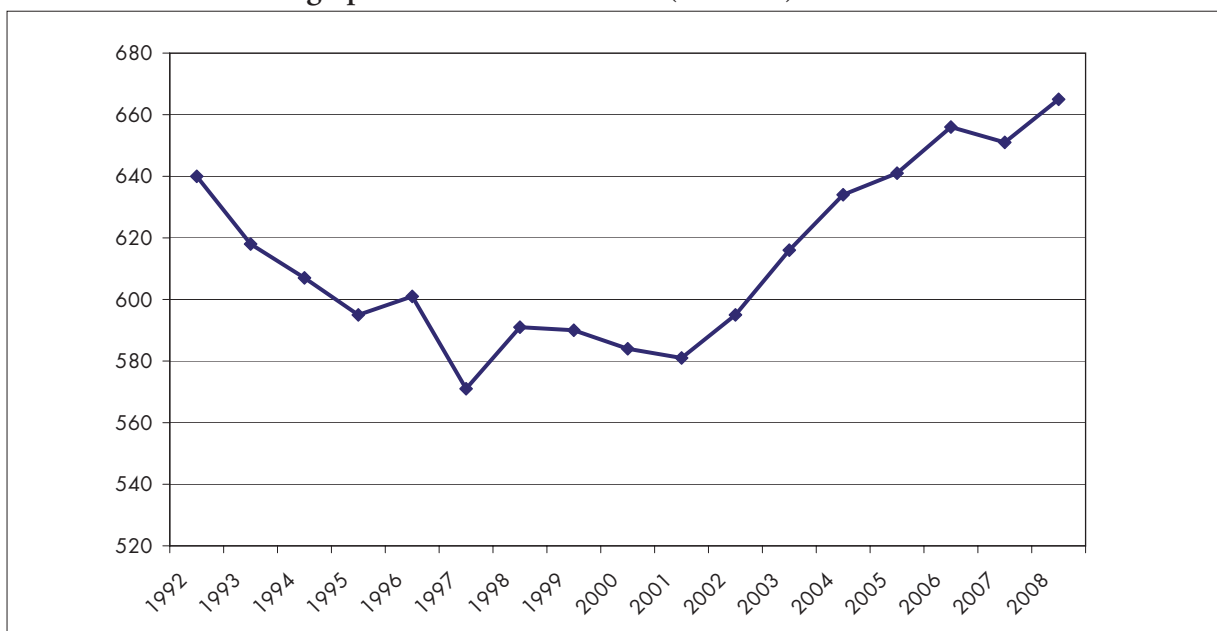


Anmerkung: Gebühren ändern sich gewöhnlich je nach Entfernung und Kunde. Das Diagramm zeigt die Durchschnittsgebühr.

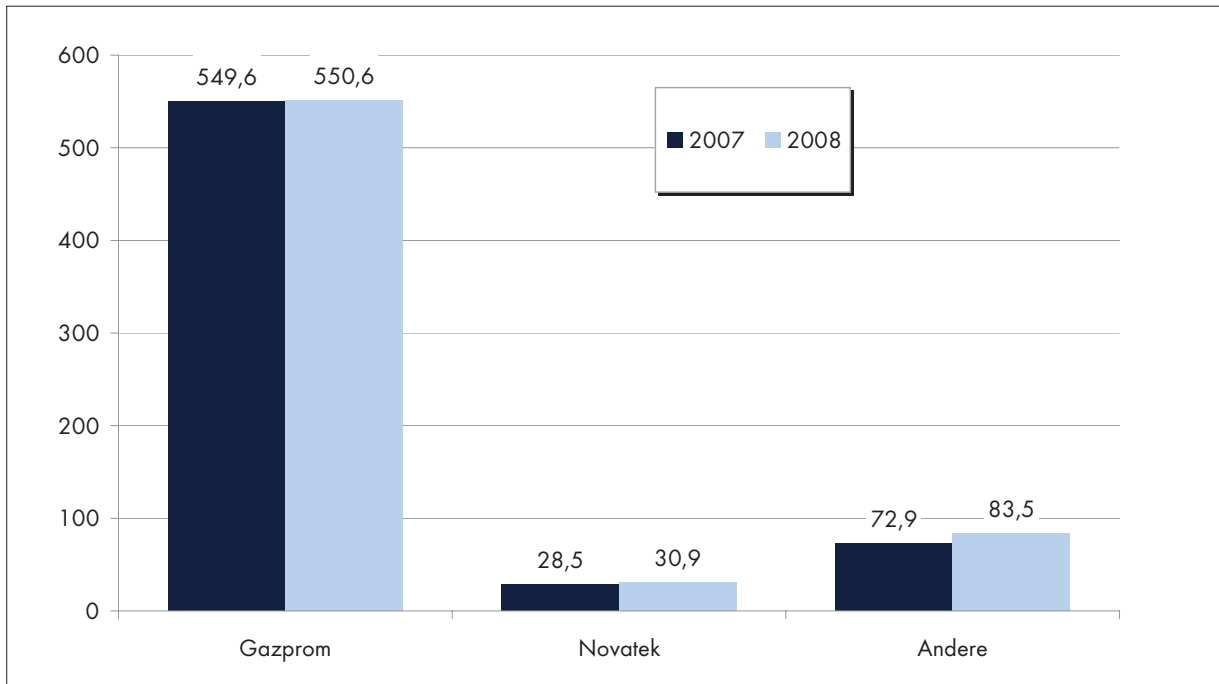
Quelle: Energy Charter Secretariat: Gas Transit Tariffs in Selected ECT Countries (2006), Brüssel 2006, S. 65, <http://www.encharter.org/index.php?id=127>

Russlands Erdgasindustrie

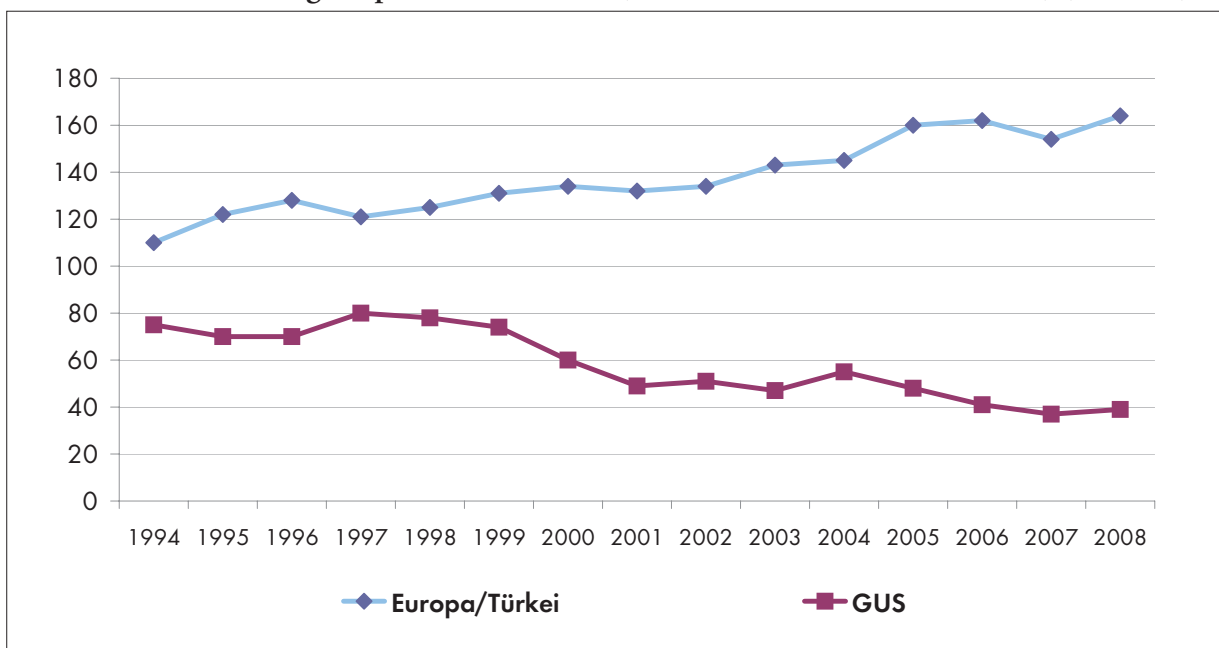
Grafik 1: Russische Erdgasproduktion 1992 – 2008 (Mrd. m³)



Quelle: Russischer Föderaler Dienst für Statistik, <http://www.gks.ru/dbscripts/Cbsd/DBInet.cgi>

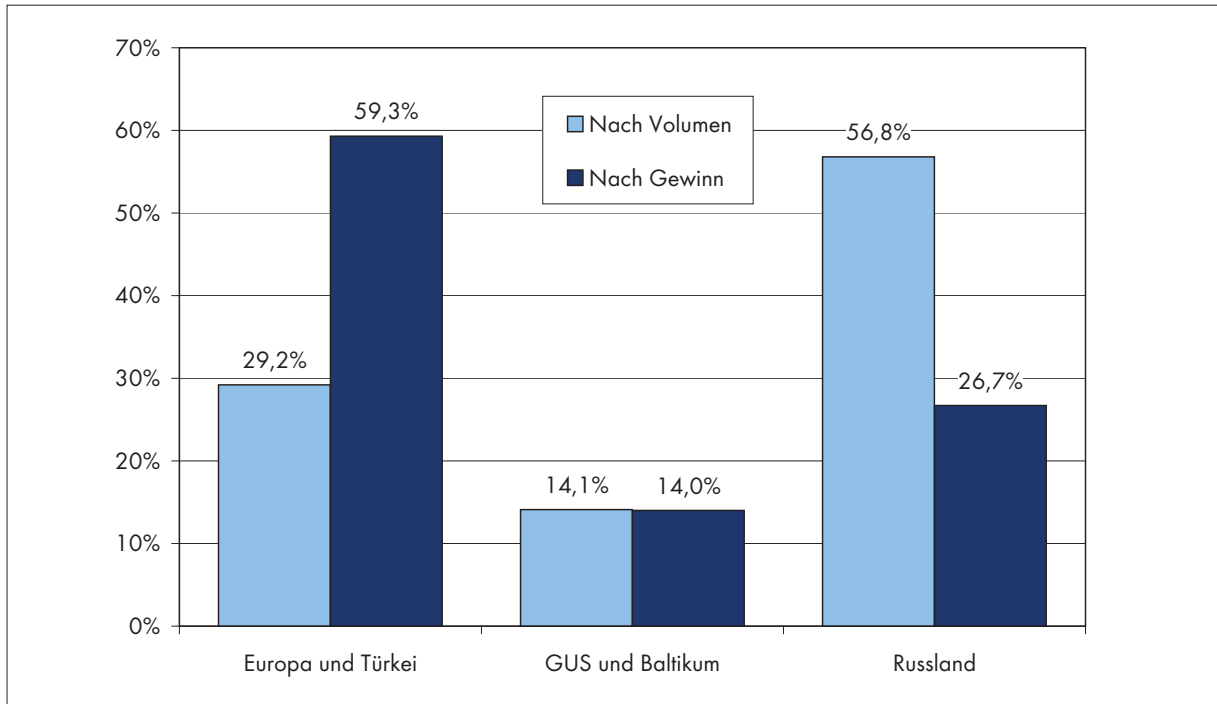
Grafik 2: Russische Erdgasproduktion nach Firmen (Mrd. m³)


Quelle: Firmenangaben

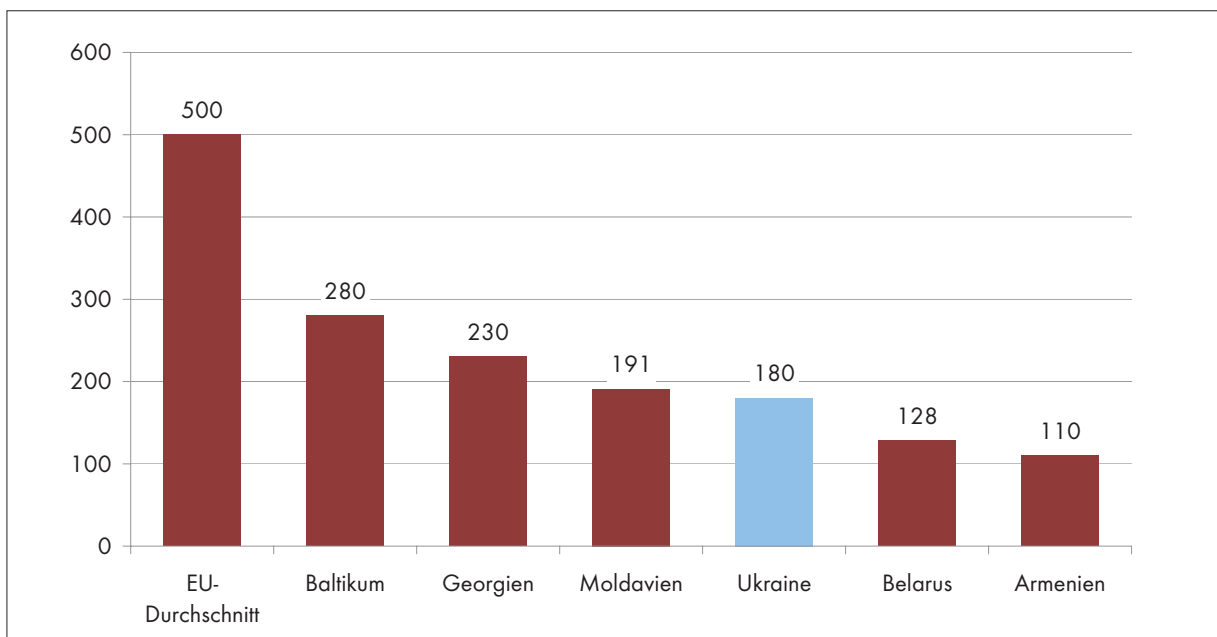
Grafik 3: Russische Erdgasexporte 1994 – 2008 (ohne Gastransit aus Zentralasien) (Mrd. m³)


Anmerkung: Daten für 2008 sind auf der Grundlage der Daten Januar – November geschätzt.

Quelle: Russischer Föderaler Dienst für Statistik, <http://www.gks.ru/dbscripts/Cbsd/DBInet.cgi>

Grafik 4: Gazproms Verkäufe nach Weltregionen (Gesamtanteil, erste drei Quartale 2008)


Quelle: Firmenangaben Gazprom

Grafik 5: Gazproms Exportpreise (US\$/Tsd. m³, 2008)


Quelle: Energy Information Administration, <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/Russia/NaturalGas.html>

Analyse

Der russisch-ukrainische Gaskonflikt 2009

Von Simon Pirani, Oxford

Zusammenfassung

Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt im Januar 2009 war der bisher schwerste. Er hat die Reputation Russlands als zuverlässiger Erdgaslieferant und das Image der Ukraine als Transitland nachhaltig beschädigt. Die durch die Finanzkrise und die fallenden Ölpreise deutlich verschlechterte wirtschaftliche Situation hat den Konflikt noch verschärft und beide Seiten waren bereit, ihn in die Länge zu ziehen. Russlands Entschlossenheit, das seiner Ansicht nach hartnäckige Problem mit dem ukrainischen Gastransit zu lösen, spielt dabei eine größere Rolle als der Einfluss der Oligarchen.

Ein Wendepunkt

Die bisher beispiellose 13-tägige Aussetzung russischer Erdgasexporte nach Europa vom 7. bis zum 20. Januar 2009 könnte sich als der wichtigste Wendepunkt im europäischen Gashandel der letzten Jahrzehnte erweisen. Russland hatte zwar schon die Lieferungen 2006 an die Ukraine und 2004 und 2007 an Belarus gestoppt, was in Europa Lieferrückgänge bewirkte, aber es hatte nie einen Lieferstopp dieser Größenordnung vorgenommen.

Die Reputation der Ukraine als Transitland ist dauerhaft beschädigt. Obwohl Gazproms wichtigste Geschäftspartner in Europa, die Energiefirmen, weitestgehend die russische Position unterstützt haben, ist Gazproms Reputation als zuverlässiger Erdgaslieferant ernsthaft beschädigt und Spekulationen über die russischen Motive haben sich innerhalb der politischen Kreise der EU verstärkt. Eine Folge des Konfliktes wird sicher eine Beschleunigung von Pipeline-Projekten wie NordStream und SouthStream sein, die den Transit russischen Erdgases unter Umgehung der Ukraine ermöglichen. Europäische Politiker werden wohl außerdem verstärkt Projekte diskutieren, die die Abhängigkeit von russischem Erdgas reduzieren.

Die Abkommen die schließlich zwischen Russland und der Ukraine zur Beilegung des Konfliktes unterzeichnet wurden, orientieren sich an einem Memorandum, das von den Ministerpräsidenten der beiden Länder bereits im Oktober unterschrieben worden war. Trotz der Eskalation des Konfliktes im Januar hat es also keine substantiellen Änderungen der jeweiligen Positionen gegeben.

Der Höhepunkt eines langen Prozesses

Der Konflikt vom Januar 2009 ist die bisher schwerste Auseinandersetzung in einem Konflikt, der seit 1991 immer wieder eskaliert ist. Aufgrund der Infrastruktur, die noch aus der Sowjetzeit stammt, sind Russland

und die Ukraine in einer Zeit, in der sich andere wirtschaftliche und politische Verbindungen längst gelockert haben, im Gassektor nach wie vor stark aufeinander angewiesen. Vier Fünftel der Erdgas-Exporte Gazproms nach Europa, und damit die Hauptversorgung Europas, fließt durch ukrainische Pipelines. Die ukrainische Industrie, das ukrainische Fernwärmenetz und die ukrainischen Privathaushalte wurden sämtlich auf die Nutzung des ehemals günstigen Sowjetgases konzipiert und sind 20 Jahre später immer noch stark auf Gazproms Lieferungen angewiesen, die nun vor allem aus Turkmenistan kommen.

Die Lieferungen nach Europa sind bereits einmal unterbrochen worden und zwar im Januar 2006. Damals forderte Gazprom eine Anhebung des ukrainischen Importpreises auf das europäische Netback-Niveau (das ist das Preisniveau für europäische Kunden abzüglich der Transportkosten jenseits der Ukraine). Darüber hinaus wollte Gazprom den Gastransport durch die Ukraine künftig mit Geld bezahlen und so den größten noch aus Sowjetzeiten stammenden direkten Tauschhandel (Transit gegen Gas) beenden.

Das Abkommen, durch das der Konflikt 2006 beigelegt wurde, war für Gazprom insofern günstig, als es den direkten Tausch genauso beendete wie direkte Verhandlungen der Ukraine mit zentralasiatischen Lieferländern, vor allem Turkmenistan. Seither hat Gazprom sämtliches Gas, das aus Zentralasien nach Westen befördert wird, gekauft und den größten Teil davon an RosUkrEnerg, eine Schweizer Handelsgesellschaft, weiterverkauft, die Gazprom (50 %) sowie den ukrainischen Unternehmern Dmitri Firtasch (45 %) und Iwan Fursin (5 %) gehört. (Rosukrenerg war das letzte einer ganzen Reihe von Zwischenhandelsunternehmen, über die Gazprom zentralasiatisches Gas in die Ukraine transportierte und/oder es an sie weiterverkaufte. Siehe dazu auch den Beitrag von Margarita Balmaceda in der vorliegenden Ukraine-Analyse.) Rosukrenerg verkaufte

das Gas dann wieder in der Ukraine weiter. Die negative Seite des Abkommens war aus der Sicht von Gazprom, dass die ukrainischen Importpreise weit unter dem europäischen Netback-Niveau blieben. Und während Gazprom 2007 in Belarus 50 % des Pipeline-Unternehmens übernehmen konnte, weigerte sich die Ukraine, einen auch nur teilweisen Verkauf ihrer Pipeline-Infrastruktur an Gazprom in Erwägung zu ziehen.

Als Julia Timoschenko, die selber in den 1990er Jahren eine der größten ukrainischen Erdgashandelsfirmen betrieben hatte, im Dezember 2007 wieder Ministerpräsidentin wurde, schien ein erneuter Konflikt wahrscheinlich. Sie war entschlossen, RosUkrEnergio und dessen Teilhaber Firtasch aus dem Gashandel auszuschließen. Das führte zu einem kurzen »Gas-Krieg« im März 2008. In seinem Verlauf deutete Russland an, dass es bereit sei, sich zum Jahresende von Firtasch zu trennen und der Konflikt wurde beigelegt.

Eine Übereinkunft: so nah und doch so fern

Im Oktober sah es so aus, als ob Russland und die Ukraine bereit seien, ihre Gasbeziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Ministerpräsidentin Timoschenko und ihr russischer Amtskollege Wladimir Putin unterzeichneten ein Memorandum, welches vorsah, dass sowohl für die Importpreise als auch für die Transittarife innerhalb von drei Jahren ein »wirtschaftliches und marktbasierendes« Niveau (womit das europäische Netback-Niveau gemeint war) erreicht werden sollte. Gazprom sollte zentralasiatisches Gas direkt an die staatliche Naftohaz Ukrainy verkaufen (womit der Zwischenhändler RosUkrEnergio seine lukrativen Transitverträge verlieren würde) und Tochterfirmen von Gazprom sollten Zugang zum ukrainischen Binnenmarkt für Erdgas erhalten. Das durch eine Vereinbarung zwischen Gazprom und Naftohaz flankierte Abkommen sollte unterzeichnet werden, sobald die Ukraine ihre Gasschulden beglichen hätte.

Warum ging alles schief?

Das Abkommen kam nicht zustande, erstens, weil die Ukraine ihre Schulden nicht wie vereinbart umgehend beglich und, zweitens, weil beide Seiten sich nicht darauf einigten, wie die europäischen Netback-Preise genau erreicht werden sollten.

Es gab mächtige wirtschaftliche Faktoren, die den Streit bestimmten. Im Juli 2008 erreichten die Ölpreise eine einzigartige Höhe, im Spätsommer gingen sie zurück; nach dem finanziellen Zusammenbruch der Wall Street im September stürzten sie vollends in den Keller. Der russische Ölboom war vorbei. Die europä-

schen Gaspreise sind (indirekt über Ölprodukte) an die Ölpreise gebunden, allerdings mit einer Verzögerung von sechs bis neun Monaten. Gazprom wusste also, dass auch seine Einnahmen aus Europa um die Jahresmitte 2009 einbrechen würden. Seine Manager waren nicht in der Laune, eine einzige Kopeke aufzugeben.

Die kommende Rezession trifft die Ukraine sogar noch stärker als Russland, wie der IWF feststellte, der ihr einen Rekordkredit von 16,5 Mrd. US-Dollar gewährte. Der Preis für Stahl, das Hauptexportprodukt der Ukraine, ist gesunken; die meisten ukrainischen Stahlhütten verzeichnen einen Produktionsrückgang von bis zu 50 % und einen noch stärkeren Rückgang der Umsätze. Die ukrainische Industrieproduktion ist im Dezember im Vergleich zum Vorjahr um 26,6 % gesunken.

Paradoxerweise verschafften diese Umstände der Ukraine in Bezug auf das Gas Handlungsspielraum. Die hinsichtlich ihres Energieverbrauchs ineffizienteste Volkswirtschaft der Welt schrumpfte und benötigte so zum ersten Mal im laufenden Jahrzehnt weniger Gas. Das milde Wetter zum Jahresende tat ein Übriges. Naftohaz hatte eine Reserve von 17 Mrd. m³, etwa ein Drittel des jährlichen ukrainischen Importbedarfs. Einige Politiker haben möglicherweise entschieden, dass dies der beste Zeitpunkt für einen ausgedehnten Konflikt mit Russland sei.

Die Ukraine hat bis zum 31. Dezember ihre Schulden aus den Importen des abgelaufenen Jahres nicht bezahlt (nach eigenen Angaben 1,5 Mrd. US-Dollar, nach russischen 2,2 Mrd. inklusive Strafgebühren). Zusammen mit dem Geld schickte Naftohaz einen Brief, in dem es ankündigte, wie 2006 bereits, auch jetzt für europäische Kunden bestimmtes Transitgas für eigene, ukrainische Kunden abzuzweigen, sollten die Lieferungen an die Ukraine eingestellt werden. Gazprom hatte bereits seit zwei Wochen öffentlich gedroht, der Ukraine die Zufuhr abzustellen. Am 1. Januar 2009 geschah genau das.

Wie Europa in den Konflikt gezogen wurde

Sogar in diesem Stadium schien eine Einigung noch nah. Am 31. Dezember erklärte Putin, sie solle durch Importpreise von 250 US-Dollar pro 1000 m³ erzielt werden. Am 1. Januar schlugen Timoschenko und Juschtschenko in einer seltenen Demonstration von Einigkeit 201 US-Dollar pro 1000 m³ und einen höheren Transittarif vor.

Es bestand jedoch keine große Bereitschaft, die praktischen Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Naftohaz versprach, Gas nach Europa zu transportieren, obwohl die eigenen Importe eingestellt waren. Hinzugefügt

wurde jedoch der rechtliche Vorwand, solange keine neuen Verträge unterzeichnet seien, könne man kein technisches Gas (also das Gas, das für den Betrieb von Kompressoren und anderen technischen Geräten benötigt wird) liefern, wie es Transitländer üblicherweise tun. Man werde dieses Gas vom russischen Gas abzweigen. Gazprom konterte und bezeichnete ein solches Vorgehen als »Diebstahl« und um keinen Deut besser als das primitive Anzapfen in den 1990er Jahren.

Mit der Begründung, die Ukraine solle das ungerechtfertigt entnommene technische Gas ersetzen, reduzierte Gazprom am 5. Januar die in die Pipelines geleitete Gasmenge um ein Fünftel und am 6. um drei weitere Fünftel. In den frühen Morgenstunden des 7. Januar wurde das Pipeline-System komplett abgestellt und die russischen Einspeisungen endeten. Beide Seiten geben sich gegenseitig die Schuld: Russland erklärt, die Ukraine hätte die Lieferungen nicht mehr angenommen, die Ukraine behauptet, Russland habe diese eingestellt. Weder Außenstehende noch viele Insider aus der Industrie kennen bisher die wirkliche Ursache. In den folgenden Tagen wurde jedoch deutlich, dass beide Seiten damit zufrieden waren, den Streit auszusitzen, wie viele Haushalte auf dem Balkan dabei auch immer einfroren.

Die Europäische Kommission, die sich vor dem 6. Januar noch heraus gehalten hatte, rief nun beide Seiten nach Brüssel und schlug vor, Beobachter an Gasmessstationen zu entsenden. Diese sollten helfen, weiteren Streit darüber zu vermeiden, welches Gas wohin geht. Ein Vertrag wurde aufgesetzt; als Timoschenko diesen jedoch unterzeichnete, fügte sie eine Liste mit Bedingungen an, von denen sie wusste, dass Gazprom ihnen nicht zustimmen konnte. Am 13. Januar willigte Gazprom ein, Gas durch eine der wichtigsten fünf Pipelines zu schicken, die Ukraine erklärte jedoch, dieses nicht transportieren zu können, ohne die Versorgung im eigenen Land zu unterbrechen. Am nächsten Tag, an dem Demonstranten in Sofia mit der Polizei zusammengestoßen waren, kamen die Unterhändler überein, sich zu treffen ... drei weitere Tage später.

Am 19. Januar verkündeten beide Seiten, der Konflikt sei beigelegt. Gazprom und Naftohaz unterzeichneten zwei 10-Jahres-Abkommen, eines über die Gaslieferungen an die Ukraine und eines zur Regelung des Transits. Die russischsprachige Version der Abkommen wurde Journalisten zugespielt und auf der Internetseite der ukrainischen Zeitung *Ukrainska Prawda* (<http://pravda.com.ua>) am 22. Januar veröffentlicht. Die zentralen Punkte sind:

Der Preis für Erdgasimporte der Ukraine wird, in Anlehnung an die Formel für europäische Erdgaspreise,

an den europäischen Preis für Erdölprodukte gekoppelt, wobei allerdings auf die für europäische Kunden vorgesehene Zeitverzögerung von sechs bis neun Monaten verzichtet wird. Die Ukraine wird 2009 einen Preisnachlass von 20 % erhalten und ab 2010 den vollen Preis bezahlen, was bedeutet, dass das europäische Netback-Niveau ein Jahr früher erreicht wird, als von den beiden Seiten letztes Jahr vorgesehen.

Das Abkommen sieht ein monatliches Vorauszahlungsregime vor, falls Naftohaz wieder in Zahlungsverzug gerät. Dies zeigt das größte ungelöste Problem: Der Ukraine wird es schwer fallen, die Importe zu bezahlen.

Die Ukraine wird 2009 nur insgesamt 40 Mrd. m³ Erdgas importieren, deutlich weniger als der Durchschnittswert der Jahre 2004 bis 2008, der bei 52 Mrd. m³ lag. Ministerpräsidentin Timoschenko hat allerdings erklärt, dass die Ukraine separat noch einmal 11 Mrd. m³ kaufen werde. Die Details sind unklar, es könnte sich aber um Gas handeln, das von RosUkrEnergo in ukrainische Erdgasspeicher eingespeist wurde.

Die hundertprozentige Gazpromtochter Gazprom-Sbyt Ukraina wird mindestens 25 % des importierten Gases (d. h. 13 Mrd. m³ pro Jahr ab 2010) innerhalb der Ukraine vermarkten und so ihren Marktanteil ausweiten.

Der ukrainische Erdgasimport erfolgt direkt zwischen Gazprom Export und Naftohaz Ukrainy. RosUkrEnergo wird damit aus dem ukrainischen Erdgasimport ausgeschlossen. Der Teileigner von RosUkrEnergo, Dmitri Firtasch, erklärte allerdings in einem Zeitungsinterview, dass RosUkrEnergo weiterhin auf dem ukrainischen Erdgasmarkt präsent bleiben werde und dieses Jahr auch mindestens 7 Mrd. m³ Erdgas an Ungarn, Polen und Rumänien liefern werde.

Der ukrainische Transittarif bleibt dieses Jahr unverändert bei 1,70 US-Dollar pro 1000 m³ für 100 km, was ukrainischen Einnahmen von 2,35 Mrd. US-Dollar entsprechen soll. Anschließend werden die Transittarife nach einer Formel bestimmt, die ungefähr westeuropäischen Modellen entspricht.

Motivationen

Während des Konflikts befanden sich die Gaspreise auf einem Höchststand und Gazprom büßte pro Tag fast 100 Mio. US-Dollar an Einnahmen nach Abzug der Kosten ein. Das Unternehmen hat beim Internationalen Schiedsgericht in Stockholm mehrere Verfahren gegen Naftohaz eingeleitet, doch wenn überhaupt, dann wird es Jahre dauern bis Gazprom auf diese Weise Geld zurückbekommt. Die noch nie da gewesene Unter-

brechung der europäischen Versorgung hat Gazprom allerdings mehr als nur Geld gekostet. Sein Ruf als verlässlicher Lieferant ist wahrscheinlich dauerhaft beschädigt – er war durch häufig schlecht informierte Kommentatoren, die russisches Gas hauptsächlich als geopolitische »Waffe« ansehen, ohnehin bereits unter Dauerbeschuss geraten.

Was hat Moskau dazu bewogen, einen dermaßen kostspieligen Konflikt in die Länge zu ziehen? Offensichtlich ist auf Regierungsebene entschieden worden, dass die Auseinandersetzung mit der Ukraine und in gewisser Weise auch ihre Bestrafung es wert ist, eine Menge aufs Spiel zu setzen. Dabei kann es nicht einfach nur um Gaspreise gehen. Die Spanne zwischen Putins 250 und Juschtschenko/Timoschenkos 201 US-Dollar pro 1000 m³ beträgt etwa 2 bis 2,5 Mrd. US-Dollar Jahreseinnahmen, die noch mit Händlern und zentralasiatischen Produzenten geteilt werden müssen – im Vergleich zu 30 bis 40 Mrd. US-Dollar aus Verkäufen nach Europa.

Einer plausibleren Interpretation zufolge gibt es in der russischen Regierung Personen, die sich von der Involvierung Europas in den Konflikt die Etablierung eines neuen Modus Operandi bezüglich des ukrainischen Pipelinesystems erhoffen. Ein hoher Anteil dessen, was Europäer üblicherweise als russisches Lieferisiko bezeichnen, ist tatsächlich ein ukrainisches Transitrisko und das bereitet Moskau Sorgen. Die Bereitschaft der Ukraine, für Europa bestimmtes Gas abzuzweigen – wie 2006 geschehen – war in den Verhandlungen ein Trumpf. Auf der einen Seite stießen russische Vorschläge, die Ukraine solle zur Bezahlung ihrer Gasschulden die Kontrolle über das System abgeben, wie es Belarus getan hat, auf eine generelle und verständliche Opposition in Kiew. Auf der anderen Seite schaffte es Naftohaz nicht, Geld zur Modernisierung des Systems aufzubringen und kämpft schon damit, es nur in Stand zu halten.

Als Reaktion auf ein ihnen unüberwindlich scheinendes Hindernis schoben die Gazprom-Manager nach 2006 vor allem Projekte wie die North Stream und die South Stream-Pipelines an, die auf eine Reduzierung der Transitabhängigkeit von der Ukraine abzielen. Diese werden jedoch frühestens in drei Jahren fertig sein und auch dann die Ukraine als Transitland nicht vollständig überflüssig machen. Moskau favorisiert nach wie vor die Kontrolle über das ukrainische Netz. Davon abgesehen hofft es auf ein stärkeres europäisches Engagement bei den Transitfragen. Putin belebte kürzlich in einem Interview die Idee eines internationalen Konsortiums zur Übernahme des ukrainischen Pipeline-Sys-

tems wieder. Und die Spitzen deutscher und italienischer Energiekonzerne, die wichtigsten europäischen Partner von Gazprom, trafen am 15. Januar mit Putin zusammen, um eine Lösung des heiklen Punktes technisches Gas zu diskutieren.

Wie steht es um die Oligarchen, die in Russland und der Ukraine so bekannten politisch einflussreichen Unternehmer? In der Presse findet sich häufig die Behauptung, dass, während die öffentliche Aufmerksamkeit hauptsächlich den Regierungen gilt, »der wirkliche Kampf um die Verteilung [der Gaseinnahmen] viel diskreter zwischen ein paar Oligarchen in Moskau und Kiew ausgetragen wird«, wie es ein Kommentar der *Financial Times* vom 6. Januar formuliert. Es gibt jedoch keinen Beweis dafür, dass die ukrainischen Gas-Oligarchen eine ausreichende Bedeutung für die russische Regierung oder genügend Einfluss auf sie haben, um einen Zusammenstoß dieses Ausmaßes provozieren zu können.

Nehmen wir Dmitri Firtasch, den wichtigsten von ihnen. Seine Geschäfte sind relativ undurchsichtig, genauso seine politischen Verbindungen. Seine Haupteinnahmequellen sind jedoch bekannt. Selbst wenn RosUkrEnergo den Vertrag zum Import zentralasiatischen Gases in die Ukraine verliert – was bei einer Implementierung der am 19. Januar unterzeichneten Abkommen der Fall wäre – dürfte es weiterhin mehr als 7 Mrd. m³ zentralasiatisches Gas pro Jahr (extrem profitabel) nach Mittelosteuropa verkaufen und (eher unprofitabel) regionale Gasverteilungsnetze in der Ukraine erwerben. Firtaschs Unternehmen produzieren auch Chemikalien und verkaufen Gas und Elektrizität in Mittelosteuropa. All das ist bedeutsam – jedoch kein Grund für Gazprom, seine Einnahmen aus Europa aufs Spiel zu setzen.

Folgen

Die unmittelbarste Folge des Streits wird wohl die Beschleunigung des North Stream, des South Stream und anderer Projekte mit dem Ziel der Diversifizierung des russischen Gastransits um die Ukraine herum sein. Gazprom hat darüber mit europäischen Energieunternehmen bereits Einigkeit erzielt, der Bau hat allerdings noch nicht begonnen. Europäische Politiker werden vermehrt über alternative Lieferquellen zu Russland und über alternative Energien diskutieren. Solche Pläne werden allerdings durch den Einfluss der europäischen Energiekonzerne begrenzt werden, die eine Fortführung ihrer langjährigen Beziehungen mit Gazprom großen Investitionen in neue unsichere Energiequellen vorziehen werden.

Für die Ukraine sind viele Probleme ungelöst geblieben. Während der nächsten zwei bis drei Jahre, in denen

es unter der Weltwirtschaftskrise leiden wird, wird das Land Schwierigkeiten haben, seine Erdgasimporte zu bezahlen. Danach, wenn die alternativen Transitpipelines in Betrieb genommen werden, werden die ukrainischen Pipelines für Russland an Bedeutung verlieren. Dann sind sie für die Ukraine auch nur noch ein klei-

ner Trumpf. Im besten Fall wird die Ukraine ernsthaft Energiesparmaßnahmen umsetzen, was der einzig effektive Weg für sie ist, um die Abhängigkeit von importiertem Gas langfristig zu reduzieren.

Übersetzung: Sophie Hellgardt

Über den Autor:

Simon Pirani ist Senior Fellow im »Natural Gas Programme« am Oxford Institute for Energy Studies. Er hat ein umfangreiches Arbeitspapier zur ukrainischen Erdgaswirtschaft (*Ukraine's Gas Sector*, OIES, 2007) und eine Monographie der Geschichte der Arbeit in der Sowjetunion (*The Russian Revolution in Retreat, 1920–24*, Routledge, 2008) verfasst.

Lesetipps:

- Simon Pirani (ed): Russian and CIS Gas Markets and Their Impact on Europe (Oxford University Press, erscheint im Februar 2009)
- Simon Pirani, Jonathan Stern, Katja Yafimava: The Russo-Ukrainian Gas Dispute of January 2009 (OIES, erscheint im Februar 2009)

Analyse

Zwischenhändler und die innerukrainische Dimension des Gaskonflikts

Von Margarita M. Balmaceda, Cambridge, MA

Zusammenfassung

Der Erdgasstreit zwischen Russland und der Ukraine, der im Januar 2009 erneut eskalierte, ist nicht nur ein wirtschaftlicher und außenpolitischer Konflikt. Er wirft auch ein Schlaglicht auf politische Konflikte, informelle Netzwerke und Korruption im ukrainischen Energiesektor, ohne deren Verständnis die Konflikte der letzten Jahre nicht wirklich zu verstehen sind.

Einleitung

Der Erdgaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine hat viele Ursachen. Die Energiepolitik ist zum Beispiel ein ausgezeichnetes Beispiel für die Schwierigkeit der Ukraine, ein spezifisch »ukrainisches«, von Russland verschiedenes Nationalinteresse zu formulieren. Der aktuelle Streit hängt auch damit zusammen, dass die ukrainischen Eliten lange Zeit die Herausforderungen der Energieabhängigkeit nicht ganz begriffen haben. Außerdem hat der Konflikt aber mit einer Interessensstruktur zu tun, die durch die vielfältigen Möglichkeiten der Korruption und des Rentseekings, d. h. der Erzielung von Gewinn durch staatliche Unterstützung, geprägt ist.

Die Korruption im ukrainischen Energiesektor als Schlüsselproblem

Besonders während der Präsidentschaft Leonid Kutschmas (1994–2005) boten die Transaktionen auf dem

Energiemarkt denen, die über die richtigen Verbindungen verfügten, reichhaltige Möglichkeiten trotz der Wirtschaftskrise immense Gewinne zu erzielen. Zugrundeliegende Mechanismen waren die Preismanipulationen im direkten Tauschhandel, die Wiederausfuhr von russischem Öl und Gas, das zu Vorzugspreisen erworben worden war, die Abgabe der Zahlungsverantwortung an den Staat und die Beteiligung an dem de facto-»Diebstahl« von Gazprom-Gas aus Transit-Pipelines.

In all diesen potenziellen Rentseeking-Bereichen wurden Gewinne nicht in erster Linie auf Kosten von Gazprom oder des russischen Staats gemacht, sondern schädigten den ukrainischen Staatshaushalt und die ukrainische Wirtschaft. Die Korruption im Energiesektor stand der Fähigkeit der Ukraine, sich auf eine vorausschauende Energiepolitik zu einigen und diese umzusetzen, im Weg, und zwar genau in dem Moment, in dem Russland begann, seinen Druck in diesem Bereich

zu steigern. Während der ukrainische Staat als Ergebnis der Korruption auf dem Binnenmarkt Geld verlor, blieben die offiziellen Gaspreise, die die Ukraine für Importe aus Russland zahlte, verhältnismäßig gering und weitgehend stabil: Bis 2005 beglich die Ukraine Gaslieferungen aus Russland hauptsächlich durch Transitleistungen (was die Entstehung eines erheblichen Schuldenproblems jedoch nicht verhinderte).

Trotz Viktor Juschtschenkos Kampagne gegen das Erbe der Korruption aus der Kutschma-Ära blieb das Energiegeschäft unter seiner Führung ein wesentlicher Bereich von Rentseeking, Korruption und der Konkurrenz zwischen »Clans«. Julia Timoschenkos Entlassung als Ministerpräsidentin im September 2005 wird so auch auf die Einmischung ihres Teams in die, der Umgebung Juschtschenkos zugeschriebenen, Rentseeking-Aktivitäten im Energiesektor zurückgeführt.

Das russisch-ukrainische Abkommen von 2006

Nach einem dreitägigen Lieferstopp, der Europa einen Schauer über den Rücken gejagt hatte, einigten sich Russland und die Ukraine am 4. Januar 2006 auf ein Abkommen zum Erdgashandel. Man muss Inhalt und Folgen dieses Abkommens verstehen, um zu begreifen, was bei den Verhandlungen von 2008/2009 auf dem Spiel stand.

Nach 2006 wurde das russisch-ukrainische Energiegeschäft nicht transparenter. Ein Grund dafür war die gestärkte Rolle der Zwischenhändler. In den 1990er und den frühen 2000er Jahren wurden an Zwischenhändler (wie ITERA und Eural Trans Gas) große Summen für die Organisation des Transports von zentralasiatischem Gas durch Russland in die Ukraine gezahlt. Durch das neue Abkommen von 2006 war das Unternehmen RosUkrEnergo, 2004 als in der Schweiz registriertes Jointventure von Gazprom und der österreichischen Firma Centragas gegründet, nicht mehr nur Transporteur, sondern auch Betreiber sämtlicher ukrainischer Gasimporte aus Zentralasien und Russland. Dadurch gewann es viel Macht dazu.

Auf dem ukrainischen Gasmarkt brachte das Abkommen von 2006 einen neuen Zwischenhändler hervor, UkrHazEnergo. UkrHazEnergo wurde im Februar 2006 als Jointventure gegründet und bekam das Recht, Industrieverbraucher in der Ukraine direkt mit Gas zu beliefern. Dem staatlichen Energieunternehmen Naftohaz wurden damit die stärksten und zahlungskräftigsten einheimischen Kunden weggenommen. Im Ergebnis behielt UkrHazEnergo seine Gewinne zurück, während Naftohaz seine wichtigste Gewinnquelle verloren hatte und

darüber hinaus auch noch vertraglich verpflichtet war, Fernwärmeunternehmen und – oftmals zahlungsunfähige – lokale Verbraucher zu beliefern. Das Unternehmen geriet gefährlich nah an den Bankrott.

Abgesehen von der gewachsenen Macht der Zwischenhändler schadete das neue Abkommen den ukrainischen Interessen auch indem es die Ukraine bis 2010 zwang, im Vergleich zu EU-Staaten niedrige Transitgebühren zu akzeptieren. Die Gaspreise hingegen sollten jedes Jahr neu verhandelt werden. Darüber hinaus verkleinerte sich mit den Abkommen von 2006 für die Ukraine die Möglichkeit der Diversifizierung ihrer Gaslieferungen, da sie vertraglich an einen einzigen Lieferanten (RosUkrEnergo) gebunden blieb, der wiederum an Russland gebunden war. Und das unabhängig davon, ob das Gas tatsächlich aus Russland, Zentralasien oder beiden Regionen kam.

Dementsprechend war das Erbe der Abkommen von 2006 zu einem guten Teil dafür verantwortlich, dass 2008, als neue Verhandlungen über Preise und Handelsbedingungen aufgenommen wurden, keine alle Beteiligten zufrieden stellenden Übereinkunft gefunden werden konnte.

Die Verhandlungen von 2008 und die Rolle der Zwischenhändler

Die Energiebeziehungen zwischen der Ukraine und Russland waren schon Ende Februar 2008 sehr angespannt, normalisierten sich jedoch nach Timoschenkos Verhandlungen am 12. März 2008 in Moskau wieder. Grundsätzlich wurde beschlossen, Zwischenhändler auszuschalten: UkrHazEnergo (ab dem 1. März 2008) und RosUkrEnergo (»einige Monate später«). Die russische Seite stimmte dem zu, verlangte im Gegenzug allerdings eine Preiserhöhung und als Ersatz für die Ausschaltung von UkrHazEnergo bekam Gazprom das Recht, bis zu 7,5 Mio. m³ Gas direkt an die ukrainische Industrie zu verkaufen.

Einigen Unsicherheiten über diese Verträge zum Trotz (sie wurden von Präsident Juschtschenko in Frage gestellt und teilweise durch ein neues Vertragspaket ersetzt, das er am 19. März 2008 unterzeichnete) schienen die Energiebeziehungen mit Russland in den folgenden Monaten relativ reibungsfrei zu verlaufen. Die Diskussionen um RosUkrEnergo verstummten und die Öffentlichkeit nahm an, dass das Unternehmen seine Rolle als Zwischenhändler Ende 2008 aufgeben werde. Doch Anfang April 2008 wurde dann bekannt, dass RosUkrEnergo Zwischenhändler bleiben würde.

Ein weiteres Treffen zwischen Putin und Timoschenko Anfang Oktober 2008 erneuerte die Hoff-

nung, dass die Ukraine wieder direkt von Gazprom Gas kaufen würde und die Preise allmählich auf Marktniveau ansteigen würden. Von einem Besuch des Naftohaz-Chefs in Moskau am 11. November 2008 erwartete man Grundsatzvereinbarungen in dieser Richtung. Aus Gründen, die unklar blieben, war das Resultat des Besuchs das genaue Gegenteil: kein Abkommen und die Verschärfung der Position Gazproms gegenüber Naftohaz, von dem es nun die Rückzahlung einer höher als bisher veranschlagten Schuld verlangte (2,4 Mio. US-Dollar, von denen Naftohaz nur 1,3 Mio. US-Dollar an RosUkrEnergio anerkannte). Als Alternative zu einer sofortigen Zahlung schlug Gazprom der Ukraine vor, die Schulden entweder 2009 in Form von Transitleistungen zu begleichen (2,4 Mio. US-Dollar entsprechen dem Wert von Transitleistungen für 14 Monate) oder das aktuelle Modell mit RosUkrEnergio beizubehalten. Die Ukraine lehnte beide Möglichkeiten ab. Von da an begann die Situation schnell sich zu verschärfen.

Dieser kurze Überblick über die Ereignisse des Jahres 2008 zeigt, dass es in den Verhandlungen mit Russland auch um die gewinnträchtige Rolle der Zwischenhändler ging. Es genügt darauf hinzuweisen, dass die Gewinne von RosUkrEnergio aus der Wiederausfuhr russischen Gases 2006 bei schätzungsweise 2,25 Mio. US-Dollar und 2007 bei etwa 2,9 Mio. US-Dollar lagen.

Auch ohne Insiderwissen kann geschlussfolgert werden, dass »jemand« die Erfüllung der Abkommen nicht wollte. Laut Ministerpräsidentin Julia Timoschenko sind RosUkrEnergio und seine Partner in der Ukraine, insbesondere die Mitglieder der Partei der Regionen Juri Boiko, Dmitri Firtasch und Serhii Lewkoschkin, die Hauptschuldigen. Laut Boiko war das Hauptproblem dagegen ein Timoschenko nahe stehendes Zwischenhandelsunternehmen (siehe *Radio Svoboda*, Ukrainian Service, 13. Januar 2009). Wir haben nicht genug Anhaltspunkte, um Timoschenkos oder Boikos Versionen unterstützen zu können. Der Umstand, dass solche Akteure die ukrainische Energiepolitik für ihre Rentseeking-Modelle als Geisel nehmen können, behindert die Lösung des Konflikts jedoch in erheblichem Maß.

Der Streit zwischen Juschtschenko und Timoschenko als weiteres Hindernis

Auch wenn Juschtschenko und Timoschenko während der Krise selbst eine gemeinsame Erklärung abga-

ben, eine gemeinsame Position vertraten und sich auch bemühten, die Glaubwürdigkeit des anderen nicht öffentlich zu unterlaufen, hat der lang anhaltende und tiefe Konflikt zwischen ihnen sowie das Fehlen klar getrennter Aufgabenfelder und Kompetenzen zweifellos zu der Krise beigetragen. 2008 verkomplizierte die fehlende Klarheit darüber, wer für die Verhandlungen mit Russland verantwortlich war, die Situation und es kann kaum überraschen, dass Moskau nicht bereit war, über die Modalitäten des Gashandels zu entscheiden, solange nicht geklärt war, wer der Gesprächspartner in Kiew ist.

Noch problematischer war die Uneinigkeit von Präsident und Ministerpräsidentin über politische Interessen und Präferenzen der Energiepolitik. Typisch war bei jeder dieser Konfrontationen, dass Timoschenko die Umgebung des Präsidenten beschuldigte, korrupte Pläne unter Beteiligung ausländischer Unternehmen zu unterstützen – ein Zeichen des wachsenden Misstrauens zwischen beiden Seiten in Energiefragen.

Die Notwendigkeit größerer Transparenz

Eine Konsequenz, die aus diesem Konflikt gezogen werden muss, ist die Notwendigkeit größerer Transparenz. In der Tat stellen Korruption und die fehlende Transparenz auf den ukrainischen Gasmärkten die größte Bedrohung für die Entwicklung einer sinnvollen Energiepolitik in der Ukraine dar. Sie haben viel zu einer »Ukrainemüdigkeit« beigetragen, mit der das Interesse des Westens, die Ukraine während der Krise zu unterstützen, stark zurückging.

Das Fehlen eines vollkommen transparenten Gas-handelssystems wird in der EU und anderen westlichen Staaten sogar noch grundsätzlicher als Anzeichen dafür gewertet, dass die Ukraine nicht in der Lage ist, die Herausforderungen, denen sie in der Energiepolitik gegenübersteht, erfolgreich zu meistern. Werden diese Themen nicht entschieden angegangen, dann gibt es keine Garantie dafür, dass es trotz der jetzt beschlossenen Ausschaltung der Zwischenhändler nicht zu einer ähnlichen Krise kommt, bevor wir uns von dem kalten Winter 2009 erholt haben.

Übersetzung: Sophie Hellgardt

Informationen über die Autorin und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin:

Margarita M. Balmaceda ist Dozentin an der John C. Whitehead School of Diplomacy and International Relations an der Seton Hall University in South Orange, New Jersey und assoziierte Mitarbeiterin des Harvard Ukrainian Research Institute an der Harvard University in Cambridge, Massachusetts.

Lesetipps:

- Margarita M. Balmaceda, »Energy Dependency, Politics and Corruption in the Former Soviet Union: Russia's Power, Oligarch's Profits and Ukraine's Missing Energy Policy«, 1995–2006 (London: Routledge, 2008).
- Margarita M. Balmaceda, »Corruption, Intermediary Companies, and Energy Security: Lessons of Lithuania for the Broader Central-East European Region«, in: Problems of Post-Communism, Vol. 55, Nr. 4, Juli/August 2008, S. 16–28.

Analyse

Europas Handlungsspielraum

Von Kirsten Westphal, Berlin

Zusammenfassung

Der russisch-ukrainische Gasstreit führte zu einem knapp zweiwöchigen Lieferstopp der Erdgaslieferungen von Russland durch die Ukraine nach Europa. Länder Südosteuropas waren fast komplett von Lieferausfällen betroffen. Die Folgen des vordergründig kommerziellen Streits sind ungeheuerlich und präzedenzlos. Beide Länder haben zumindest gegen den Geist aller Abkommen, die sie mit der EU abgeschlossen haben, verstoßen. Im Laufe des Konflikts sah sich die EU gezwungen, sich zunehmend zu engagieren, und wenn nicht Partei zu ergreifen, so doch eine klare Position zu beziehen. Dieser Artikel lotet aus, wie weit der europäische Handlungsspielraum reicht und welche Mittel Europa nun nach Beendigung des akuten Streits zur Lösung der grundlegenden Konflikte und ihrer Ursachen zur Verfügung stehen. Der russisch-ukrainische Gasstreit ist letzten Endes struktureller Natur. Die EU muss die Probleme auf der wichtigsten Gastransitroute auf verschiedenen Ebenen adressieren: bilateral mit Russland und der Ukraine, in der EU und international im Rahmen multilateraler Kooperation. Es gibt nicht die eine Patentlösung, sondern die EU wird auf ein Bündel von Maßnahmen und Instrumenten der Energie, Außen- und Wirtschaftspolitik zurückgreifen müssen. Die Notwendigkeit einer Verregelung der Energiepolitik ist akuter denn je. Alle sonstigen Maßnahmen werden nur mittel- oder langfristig erfolgreich sein.

Ein beispielloser Lieferstopp

Auf den ersten Blick schien der Streit geschäftlicher Natur zu sein und den Konflikt von 2005/2006 zu wiederholen. Die Folgen des diesjährigen Gasstreits waren jedoch wesentlich dramatischer und haben EU-Mitgliedstaaten und Mitgliedstaaten der Energiegemeinschaft im Südosten Europas und auf dem Balkan von den Gaslieferungen aus Russland abgeschnitten. Industrielle Verbraucher waren einer strengen Rationierung ausgesetzt und Heizenergie für private Haushalte wurde gedrosselt. Selbst Russlands größte Gaskunden auf dem Kontinent – Deutschland, Frankreich und Italien – mussten mit Kürzungen fertig werden.

Der »Gas-Krieg« wurde auch von einem »PR-Krieg« begleitet, in dem beide Seiten versuchten, die internationale Gemeinschaft davon zu überzeugen, dass ihr jeweiliges Vorgehen gerechtfertigt sei. Seit dem Herbst war Gazprom vor allem im Rahmen des »Frühwarnmechanismus« des EU-Russland Energiedialogs durch die EU getourt und hatte auf die sich abzeichnenden Probleme mit den Ukrainern hingewiesen. Dabei hatte es 2008 sowohl im März als auch im Oktober bilaterale russisch-ukrainische Abkommen gegeben.

Der Streit zwischen Gazprom und Naftohaz Ukrainy über alte Schulden und neue Preise spitzte sich im November und Dezember 2008 zu. Bis Neujahr kam keine Einigung über Gaslieferungen aus Russland in

die Ukraine zustande. Mit dieser Situation rechtfertigte die russische Seite die Verringerung der an die Ukraine gelieferten Gasmenge. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen in den folgenden Tagen endeten in einer Blockade und ab dem 6./7. Januar 2009 blieben die Gaspipelines leer. Gazprom stellte die Lieferungen ein, nachdem Ministerpräsident Wladimir Putin öffentlich Anweisung gegeben hatte, das zu tun. Eine EU-Beobachtermission, die am 11./12. Januar ihre Arbeit aufgenommen hatte, erzielte nicht den nötigen Durchbruch. Ab dem 14. Januar unternahm Russland mehrere Versuche, 99.200 m³ Gas an den Einspeisungspunkt in Sudscha zu schicken, die Ukraine verweigerte aus technischen Gründen jedoch deren Transport. Vieles deutet daraufhin, dass Gazprom damit einen Einspeisungspunkt gewählt hatte, der der ukrainischen Seite eine Weiterleitung tatsächlich unmöglich machte.

Im Verlauf des immer bizarrer anmutenden Streits wurden eine Vielzahl technischer Details in die Diskussion geworfen. Die Vehemenz des Streits, seine Dauer und die Halsstarrigkeit beider Seiten macht deutlich, dass ihm strukturelle und über die rein kommerziellen Fragen hinausgehende Probleme zugrundeliegen. Auch nachdem wieder Gas fließt, hält die internationale Fassungslosigkeit darüber an, dass beide Seiten lange Zeit wenig oder gar nichts zur Deeskalation beigetragen haben. Die zügige Einigung in der Nacht zum 18.1.2009 zwischen den beiden Ministerpräsidenten und die danach geschlossenen Verträge vom 19.1.2009 zwischen Gazprom und Naftohaz Ukrainy setzten dem Spuk ein ebenso plötzliches Ende.

Schlüsselereignisse bleiben im Dunkeln. Ob letztlich internationaler Druck und das demonstrative Fernbleiben hochrangiger Europäer beim anberaumten Gasgipfel in Moskau dazugeführt haben, unterliegt Spekulation. Ob die am 19. Januar 2009 geschlossenen Verträge Basis für eine langfristige Lösung sind, darf trotz des Fortschritts, den sie zweifellos rechtlich darstellen, bezweifelt werden. Neue Streitigkeiten scheinen vorprogrammiert, u. a. weil völlig unklar bleibt, wie die fast bankrotte Ukraine die Gaspreise bezahlen soll.

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat beide Länder getroffen und den ökonomischen Aspekt des Konflikts verschärft. Auch Gazprom ist kurzfristig klamm. Der mit großer Härte ausgetragene Machtkampf in der Ukraine zwischen Präsident Viktor Juschtschenko und Ministerpräsidentin Julia Timoschenko – insbesondere über die zukünftige Rolle des Zwischenhändlers RosUkrEnergo – stellt einen Teil seiner politischen Dimension dar. Die kurzfristige Logik, der die politische Elite auf beiden Seiten folgt, gründet

in persönlichen Interessen, Korruption und Rentseeking-Strategien. Die Involvierung von Zwischenhändlern und anderen geschäftlichen Interessen erschwerte die Austragung des Konflikts auf einer rationalen ökonomischen Ebene.

Darüber hinaus behinderte die allgemeine geopolitische Landschaft eine benevolente Konflikthegung; für Moskau gab es keinen Anreiz, der Ukraine mit einem Gasliefervertrag entgegenzukommen. Die Ukraine hat im russisch-georgischen Krieg eindeutig gegen Russland Stellung bezogen, bemüht sich um die NATO-Mitgliedschaft und hat die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim nach 2017 offen gelassen und es gibt noch weitere Streitpunkte mit dem östlichen Nachbarn.

Der begrenzte Einfluss der EU

Die Gaslieferungen nach Europa sind im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine in Geiselhaft genommen worden, wie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso beklagte. Sind der EU auch politisch die Hände gebunden?

Sowohl die Ukraine als auch Russland haben mit dem Streit an Glaubwürdigkeit verloren. Denn beide Länder haben zumindest gegen den Geist aller Abkommen, die sie mit der EU geschlossen haben, verstoßen. Fatal ist, dass dieser Ansehensverlust kurz- bis mittelfristig keine Konsequenzen für die Gasströme aus Russland durch die Ukraine haben wird. Grund sind die geographischen und infrastrukturellen Realitäten auf dem Kontinent.

Russland hat am Gasimport der EU-27 einen Anteil von 42 %. Laut einer Prognose der Internationalen Energie Agentur wird der europäische Gasverbrauch um voraussichtlich ein Prozent pro Jahr steigen, da Europa aus ökologischen Gründen weiter auf Gas setzt. Europas Nachbar Russland verfügt mit einem Viertel der weltweiten Vorkommen über die größten Gasreserven der Welt. Da sich die eigenen Reserven Europas erschöpfen, wird Russland ein wichtiges Lieferland bleiben müssen. Derzeit gehen alle russischen Exporte außerhalb der GUS-Staaten nach Europa und die Gasverkäufe nach Europa sind wichtigste Einnahmequelle Gazproms.

Darüber hinaus ist die Ukraine noch immer das wichtigste Transitland. 80 % aller Exporte aus Russland und damit 20 % des europäischen Gasverbrauchs werden durch diese ehemalige Sowjetrepublik geliefert. Das Exportpipelinennetz der Ukraine verfügt über die höchsten Kapazitäten aller Gastransittrassen nach Europa.

Moskau und Kiew dürften diese Situation gründlich durchkalkuliert haben. Selbst die ökonomischen Verluste, die durch die entgangenen Gasverkäufe und die nicht stattgefundenen Transportleistungen zustande gekommen sind, sind relativ. Auch wenn laut E.On Ruhrgas Fachkreise die Kosten für Gazprom bei 1,5 bis 1,8 Mrd. Euro ansiedeln. Viele europäische Kunden haben Gas aus Vorräten verbraucht, die später (von Russland über die Ukraine) wieder aufgefüllt werden müssen, wenn auch nicht nur aus russischen Quellen und möglicherweise zu gefallen Preisen. Außerdem hat Gazprom das Transitproblem zur »force majeure« erklärt. Das Unternehmen streitet die Verantwortung für die Nichterfüllung von Verträgen ab und weist für den Fall, dass einer seiner Kunden Geldstrafen verlangen sollte, die Beweislast von sich. Bis jetzt hat noch kein europäisches Gasunternehmen ein gerichtliches Vorgehen angekündigt.

De facto ist der kurzfristige politische und wirtschaftliche Einfluss der EU sehr begrenzt. Der Handlungsbedarf aber groß: Die EU muss ein Bündel von Maßnahmen und Werkzeugen in Gang setzen, das als Ganzes eine weit reichende Energie-, Außen- und Wirtschaftspolitik begründet.

Mehr gemeinsame Energiepolitik wagen

Die Maßnahmen im engen Feld der Energiepolitik sind zentral, wirken aber nur mittel- bis langfristig, das heißt sie greifen in fünf bis fünfzehn Jahren. Ein Schlüssel für mehr Energiesicherheit ist Diversifizierung. Erstens muss der Energiemix vor allem im Hinblick auf Biogas erweitert werden. Aus ökologischen Gründen wird Erdgas natürlich eine Hauptenergiequelle bleiben. Zweitens muss der Bezug des Erdgases diversifiziert werden. Hier werden neue Lieferanten und alternative Importinfrastruktur benötigt, einschließlich Flüssigerdgasanlagen. In dieser Hinsicht ist der südliche – oder auch vierte – Korridor aus der Region des Kaspischen Meers in der Debatte prominenter geworden. Neue Infrastrukturprojekte sind notwendig. Die politische Unterstützung der Nabucco-Pipeline ist bereits gewachsen, ob sich damit die ökonomischen Hinderungsgründe aus der Welt schaffen lassen, bleibt abzuwarten. Noch ist unklar, woher die Gasmengen kommen sollen und das Haupttransitland, die Türkei, hat auch schon weitergehende Ansprüche angemeldet. Gleichzeitig könnte es sein, dass das russische Pipeline-Projekt South Stream, das nun von Gazprom als zentral für die Versorgung Südosteuropas ins Spiel gebracht wird, politisch für die Russen schwieriger durchzusetzen ist. Auch das Nord Stream Pipeline-Projekt könnte in Deutschland und

Europa nun kritischer gesehen werden, auch wenn Gazprom und die deutschen Firmen E.On Ruhrgas und Wintershall auf die Notwendigkeit mehrerer Korridore für Gas aus Russland verweisen.

Beide Infrastrukturprojekte lassen die Inkohärenz der europäischen Energiepolitik deutlich zutage treten. Obwohl beide Projekte als TEN-E-Projekte ausgewiesen sind, wird ihre Umsetzung hinausgezögert und es hagelt Fragen hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit. Viele Beobachter argumentieren, die EU solle nicht nur ihre eigenen strategischen Transportkorridore bestimmen, sondern auch die finanziellen und politischen Mittel, die sie für deren Realisierung aufwendet, erhöhen. Die Vorstellung von Brüssel als Makler von Firmenkonsortien für große Energieprojekte zu fungieren, ist breit diskutiert, aber noch nicht umgesetzt worden. Private Energieunternehmen sind und bleiben die Hauptakteure bei der Schaffung von Energiesicherheit auf Lieferantenseite und sie konkurrieren miteinander am Markt. Die Kompetenzen, die Brüssel hinsichtlich der Energiesicherheit hat, sind sehr begrenzt, da die EU bislang keine gemeinsame Energiepolitik betreibt.

Europa auf der Suche nach Solidarität

Der Second Energy Strategic Review der EU wurde im November 2008 veröffentlicht. Darin betrachtet die EU Energiesicherheit weniger durch eine geopolitische Brille und setzt deren Diskussion nicht mehr mit dem Fehlen einer allgemeinen Energieaußenpolitik gleich. Stattdessen visiert sie jetzt eine größere Solidarität unter den Mitgliedstaaten, eine Erweiterung ihres internen Gaspipelinetzes, die Schaffung neuer Vorratsmöglichkeiten und einen verbesserten Informationsaustausch an.

So könnte durch den Gaskonflikt die Nord Stream Pipeline vorwärts gebracht werden, allerdings unter dem Vorzeichen größerer Solidarität unter den Mitgliedstaaten – ein Konzept, das ursprünglich von Polen als Antwort auf die deutsch-russische Abmachung zur Pipeline durch die Ostsee vorgeschlagen worden war. Der Umfang der anwendbaren solidarischen Mechanismen ist momentan gering, vor allem, was Pipelineverbindungen in zwei Richtungen und Gasspeicherkapazitäten angeht. Dass die Spotmarktpreise für Gas in Europa im Verlauf der Krise zwischen Dezember 2008 und Januar 2009 um ein Viertel gestiegen und nach der Krise ebenso wieder gefallen sind, spiegelt zweierlei wieder: man hat sich zwar auf den Spotmärkten versorgt, aber eigentlich hätten die Preise noch stärker anziehen müssen, angesichts des kompletten Lieferstopps auf der Hauptroute. Dieses war nicht der Fall, weil einfach die

Interkonnektoren fehlten, um die Länder ausreichend zu versorgen.

Bis auf einen besser koordinierten Informationsaustausch brauchen alle der anvisierten Maßnahmen Zeit. Der Maßnahmenkatalog, den die EU zu erfüllen hat, ist ohnehin schon groß und kostspielig. Die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energiepolitik drängt jedoch stärker als je zuvor. Europa hat sich besonders auf die Nachfrageseite konzentriert, auf die Einsparung und Effizienz von Energie und eine Diversifizierung des Energiemixes und setzt dabei stark auf erneuerbare Energien. Die Europäische Union ist in der Tat weltweit führend mit ihrer 20+20+20-Formel, die fordert, den Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber dem Niveau von 1990 um 20 % zu senken, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20 % zu erhöhen und bis 2020 eine Einsparung bei der Nachfrage nach Energie um 20 % zu erreichen. Die Umsetzung dieses Plans wird einen entscheidenden Beitrag zu einer höheren Energiesicherheit in der Zukunft leisten.

Die EU muss die oben genannten Maßnahmen jetzt als klare Konsequenz aus dem Gasstreit umsetzen. Das ist nicht nur für die Situation auf dem EU-Binnenmarkt wichtig, sondern ist auch ein zentrales Signal an Russland und die Ukraine: Das rücksichtslose Verhalten hat Folgen. Ein »Weiter so« in der EU würde abermals auf falsche Interpretation im Osten stoßen. Jetzt muss die EU klare Signale setzen, sonst ist eine Verhaltensänderung kaum zu erwarten.

Die EU und die bilateralen Beziehungen zu Russland und der Ukraine

Die beiden russisch-ukrainischen Erdgasverträge, der Liefervertrag mit Mengenangaben und Preisformeln, und der Transitvertrag mit Transitformel, die die schwankenden Preise für technisches Gas kalkuliert und Ein- und Austrittspunkte und Mengen genau bestimmt, sind ein erster wichtiger Schritt. Weitere Streitigkeiten scheinen aber vorprogrammiert, spätestens wenn sich die ukrainischen Schulden wieder anhäufen. Langfristige Verträge im Gassektor gehören zu den bestgehütetsten Geheimnissen der Branche. Dass nun beide Verträge an eine Zeitung gelangt und ins Netz gestellt wurden, ist eine weitere Ungeheuerlichkeit im Gefolge des bilateralen Streits und wohl nur mit den andauernden innenpolitischen Streitigkeiten in der Ukraine zu erklären.

Hier liegt ein zentrales Problem: Das Rechtsprinzip des *pacta sunt servanda* spielt keine Rolle in der Rechts- und Vertragskultur der beiden Ländern. Schon mehr-

fach sind geltende Gasverträge wegen Geschäftsstreitigkeiten in Frage gestellt und außer Kraft gesetzt worden. Die jetzigen Verträge müssen zum wirklichen Testfall gemacht werden, ob Russland und die Ukraine sich rechtlich und auch international binden lassen. Dazu muss der Streitschlichtungsmechanismus klarer ausgeführt und durchdekliniert werden. Um die internationale Verbindlichkeit zu unterstreichen, sollte die EU darauf drängen, dass beide Parteien sich dem Streitschlichtungsmechanismus des Energiecharta-Vertrags unterwerfen.

Russland und die Ukraine müssen ihren Erdgashandel transparent, dauerhaft und auf der Grundlage von Verträgen regeln. Der Gasstreit dieses Jahres stellte für das trilaterale Verhältnis eine echte Zäsur dar und damit sollte nicht einfach zur Normalität übergegangen werden.

Wie wichtig in beiden Ländern energiepolitische Reformen sind, legt dieser Streit ebenso offen, wie die Notwendigkeit für ordnungspolitische Initiativen in der weiteren Region des Kaspischen Meeres, des Schwarzen Meeres und der Ostsee. Insbesondere Transitfragen bedürfen einer klaren Regelung. In diesem Zusammenhang muss das Transitprotokoll des Energiecharta-Vertrags auf den Weg gebracht werden.

Die erbitterten Kämpfe rund um den Erdgasstreit machen deutlich, dass in beiden Ländern strukturelle Reformen im Energiesektor notwendig sind. Ein dringender Sanierungsbedarf besteht im ukrainischen Transportsystem und der zugehörigen Anlagen, die durchschnittlich älter als 30 Jahre sind. Völlig offen ist, woher die Mittel kommen sollen. Der staatliche Konzern Naftohaz Ukrainy wurde seit Ende der Sowjetunion schon mehrfach durch Staatshilfen vor dem Bankrott bewahrt. Hier machen sich die fehlenden energiepolitischen Reformen bemerkbar.

Der Anteil von Gas am Energiemix ist in der Ukraine mit circa 45 % sehr hoch. 30 Mrd. m³ werden zur Wärme- und Stromerzeugung verbraucht. Die Industrie verbraucht etwa 35 %. Das ist umweltpolitisch sinnvoll, ökonomisch aber sehr teuer. Der ungewöhnlich hohe Anteil von Gas am Inlandsverbrauch (zum Vergleich: in Deutschland beträgt er 23 %) ist Teil des sowjetischen Erbes. Trotz chronischer Streitigkeiten und Engpässe wurden aber in den letzten 17 Jahren, die seit Auflösung der Sowjetunion vergangen sind, kaum Reformen unternommen.

Während die Großabnehmer zumindest auf dem Papier die höchsten Gaspreise zahlen, sind die Preise für die Bevölkerung und die kommunalen Versorger staatlich reguliert. Naftohaz beliefert die Bevölkerung

zu etwa einem Zehntel des europäischen Durchschnittspreises und beliefert die Fernwärmeversorger zu Vorzugspreisen. Das Fernwärmeaufkommen wird fast komplett mit Gas erzeugt. Das lukrativere Geschäft mit den Großkunden aus der Schwerindustrie, die auf dem Papier weit höhere Preise zahlen, ist an andere Unternehmen wie RosUkrEnergio und deren Tochter UkrHazEnergio abgegeben worden.

So sind die bereits beschriebenen persönlichen Bereicherungsstrategien und innenpolitischen Machtkämpfe um wirtschaftliche und politische Ressourcen miteinander verknüpft. Der Energiesektor ist deswegen innenpolitisch so hart umkämpft, weil sich mit dem Gashandel viel Geld verdienen lässt und gleichzeitig mit dem Zugriff auf subventionierte Gasflüsse auch Gewinne und Verluste in anderen Branchen beeinflussen lassen.

Bisher wurden Reformen im Bereich der Energieeffizienz auf die lange Bank geschoben. Hier gibt es aber enormes Potenzial. Die EU ist in diesem Zusammenhang der Partner Nummer Eins, da sie neben dem großen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang auch auf Ordnungspolitik abheben muss. Ein stärkeres europäisches Engagement aber hängt von mehr Rechtssicherheit ab. Das gilt auch für die Bildung eines jetzt wieder diskutierten internationalen Konsortiums, um den Sanierungsbedarf auf den Transitrassen zu finanzieren.

Ordnungspolitische Dringlichkeiten

Die Werkzeuge der EU für einen schnellen Erfolg sind klar begrenzt und in erster Linie ordnungspolitischer Natur. In der Zeit, die der beispiellosen und unerhörten Situation nun nachfolgt, muss die EU Russland und der Ukraine deutlich kommunizieren, dass der Gasstopp sämtliche unterzeichneten bilateralen Dokumente, die internationale Praxis und den Energiecharter-Vertrag verletzt und die Glaubwürdigkeit beider Länder zerstört hat. Es sollte eine umfassende Diskussion von Regeln, Vorschriften und international bindenden Gesetzen stattfinden. Der komplette Stopp der Gaslieferungen verletzt Artikel 7 (über den Transit) des Energiecharter-Vertrags. Die Ukraine hat diesen Vertrag ratifiziert, Russland hat ihn unterzeichnet und angewendet, ohne ihn ratifiziert zu haben. Transitfragen bilden den Kern einer langfristigen Lösung der europäischen Energiebelange. Die EU forciert im Energiedialog mit Russland zu Recht die Verhandlungen über das Transitprotokoll und die Verhandlungen zwischen der EU und Russland über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen.

Gleichzeitig muss verhindert werden, dass Energiefragen sehr stark fragmentiert gesteuert werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die gasproduzierenden Länder eine stärkere Abstimmung ihrer Politik suchen, die Konsumenten auf Seiten der EU erwägen die Bildung von Gaseinkaufskonsortien. Auch im Transitraum des Kaspischen und des Schwarzen Meeres bis hinauf ins Baltikum mehren sich Tagungen, Konferenzen und Initiativen, um die eigenen Interessen gegenüber Produzenten und Konsumenten in Stellung zu bringen. Langfristig kann das kostenintensiv werden. Was eigentlich Not tut, sind gemeinsame Regeln und Normen in dem Raum der durch Gasbeziehungen bereits vorkonstruiert ist.

Die EU hat deswegen die Idee einer paneuropäischen Energiegemeinschaft vorangetrieben. Die grundlegenden Elemente einer solchen Gemeinschaft sind die Übernahme der für den Energiesektor relevanten Teile des Acquis Communautaire und die Schaffung eines gemeinsamen Marktes auszuweiten und so verbindliche Rechtsnormen zu schaffen. Wichtiges Kooperationsfeld ist auch die Energieeffizienz. Perspektivisch kann die Energiegemeinschaft im Rahmen der Schwarzmeer Synergie und der Baku Initiative sowie der Europäischen Nachbarschaftspolitik ausgedehnt werden.

Im Energiebereich ist Russland, was Fragen der politischen Ordnung, den Verlauf von Pipelines und das Ziel der Diversifizierung angeht, der entscheidendste Gegenspieler der EU. Die EU und Russland verfolgen in zentralen politischen Fragen unterschiedliche Strategien. Die EU und Russland verhandeln derzeit ein neues Partnerschafts- und Rahmenabkommen. Der Energiedialog zwischen der EU und Russland sieht noch andere bilaterale Mechanismen zur Verhandlung von Energiefragen vor. Diese Kanäle müssen jetzt genutzt werden, um strukturelle Fragen zu behandeln.

Die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine finden zum Großteil im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und deren Aktionsplan von 2004 statt. Die ENP und mit ihr zusammenhängende Aktivitäten (zum Beispiel die Schwarzmeer-Synergie) bemühen sich um eine Ausweitung der am 1. Juli 2006 ins Leben gerufenen Energiegemeinschaft, zu der EU-Mitgliedstaaten und auch südosteuropäische Staaten gehören bis hin zu Moldawien und der Ukraine.

Letzten Endes bleibt die banale Erkenntnis, dass die sicherste, billigste und klimafreundlichste Energiequelle die ist, die nicht verbraucht wird. Die geschätzten Energieeinsparungen, die in den EU-Ländern zukünftig gewonnen werden können, sind größer als die Gasex-

porte aus Russland nach Europa, möglicherweise sogar doppelt so groß. Energieeffizienz liegt in aller Interesse und sollte eine wichtige Grundlage der Kooperation bilden. Die EU muss auf beide Länder Druck hinsicht-

lich einer Steigerung der Effizienz ausüben. Die nötigen Investitionen werden jetzt kostspielig sein, sich in Zukunft aber erheblich auszahlen.

Über die Autorin:

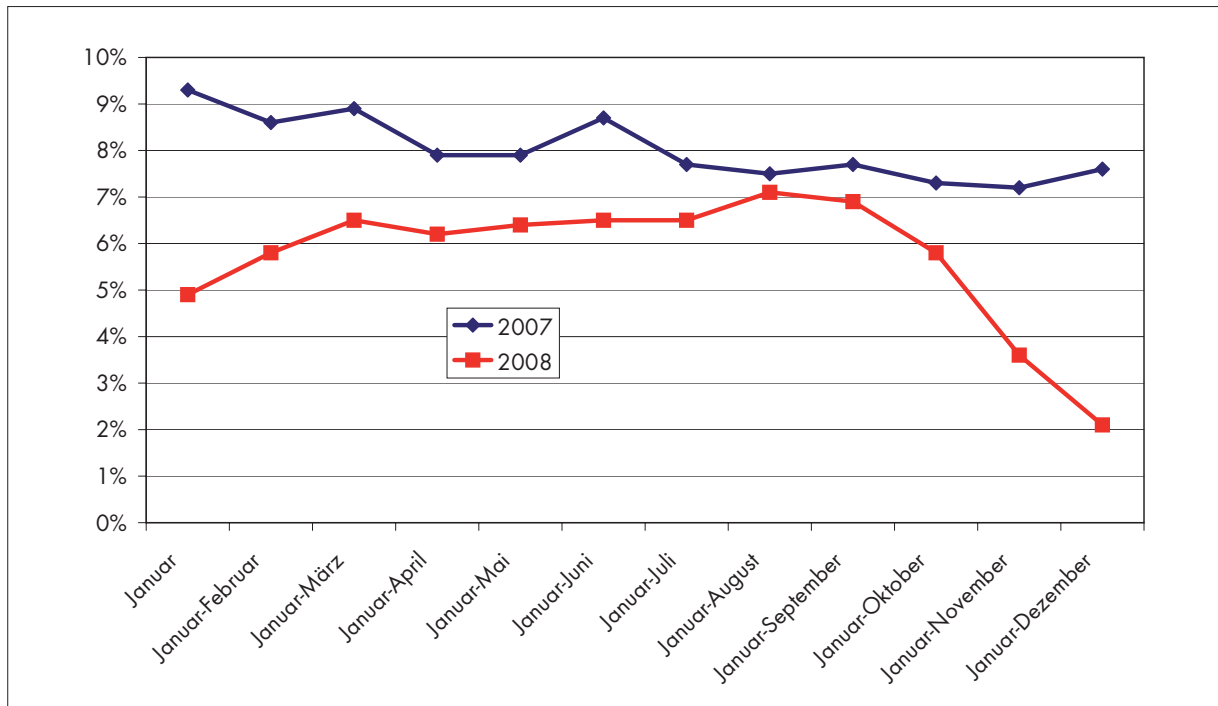
Kirsten Westphal ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Stiftung Wissenschaft und Politik) in Berlin.

Lesetipps:

- Oliver Geden, Mehr Pragmatismus, weniger Geopolitik, Effiziente Ansätze für die Energieversorgungssicherheit der EU, SWP-Aktuell 2008/A 83, November 2008, 4 Seiten
http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5505
- Jonas Grätz / Kirsten Westphal: Ende gut, alles gut? Das russisch-ukrainische Gasabkommen auf dem Prüfstand, SWP-Aktuell 2009/A 03, Januar 2009, 4 Seiten
http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5695
- Margarita M. Balmaceda, Energy Dependency, Politics and Corruption in the Former Soviet Union, Russia's power, oligarchs' profits and Ukraine's missing energy policy 1995–2006, BASEES/ Routledge Series on Russia and East European Studies, 2008.
- Kirsten Westphal, »Liberalised, Monopolised, Fixated, Antinomies of the European Energy Market« in: The Europe beyond Europe. Outer Borders, Inner Limits. Manfred Sapper, Volker Weichsel, Andrea Huterer (Hg.) (english-Reprint 2007).

Statistik
Aktuelle Wirtschaftszahlen

Reales BIP für 2007 und 2008 (jeweils ab Januar akkumuliert, Veränderung in % gegenüber den entsprechenden Vorjahreswerten)

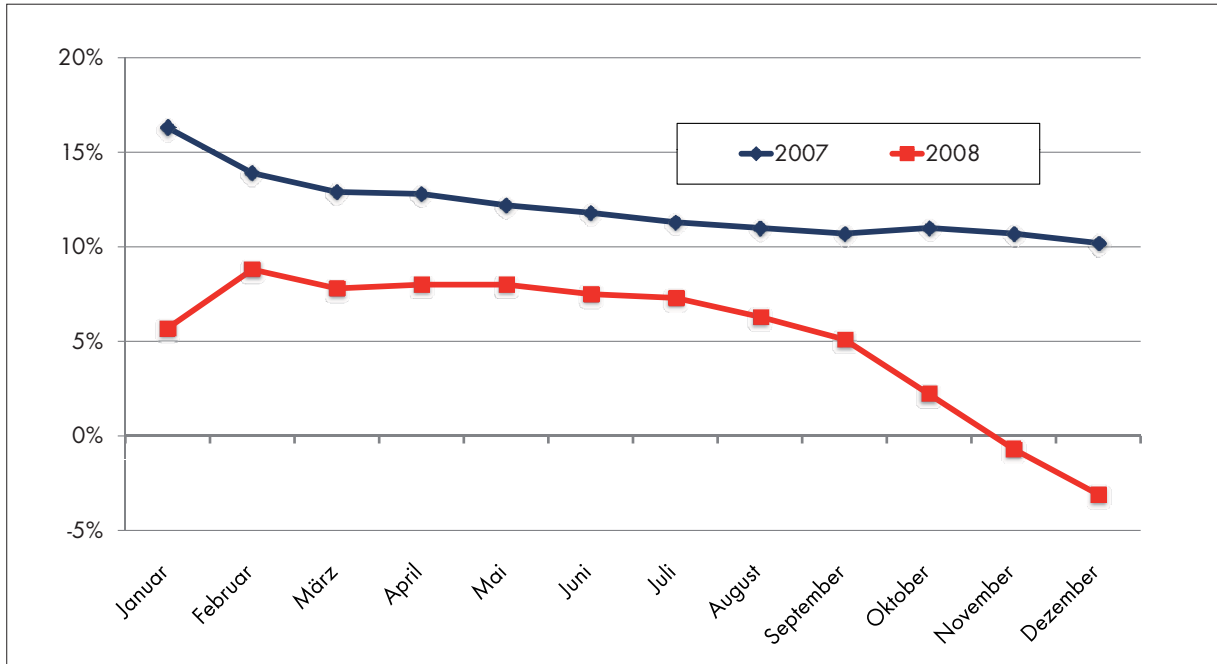


Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, <http://www.ukrstat.gov.ua/>

Entwicklung des realen BIP 2000–2008 (Veränderung zum Vorjahr in %)

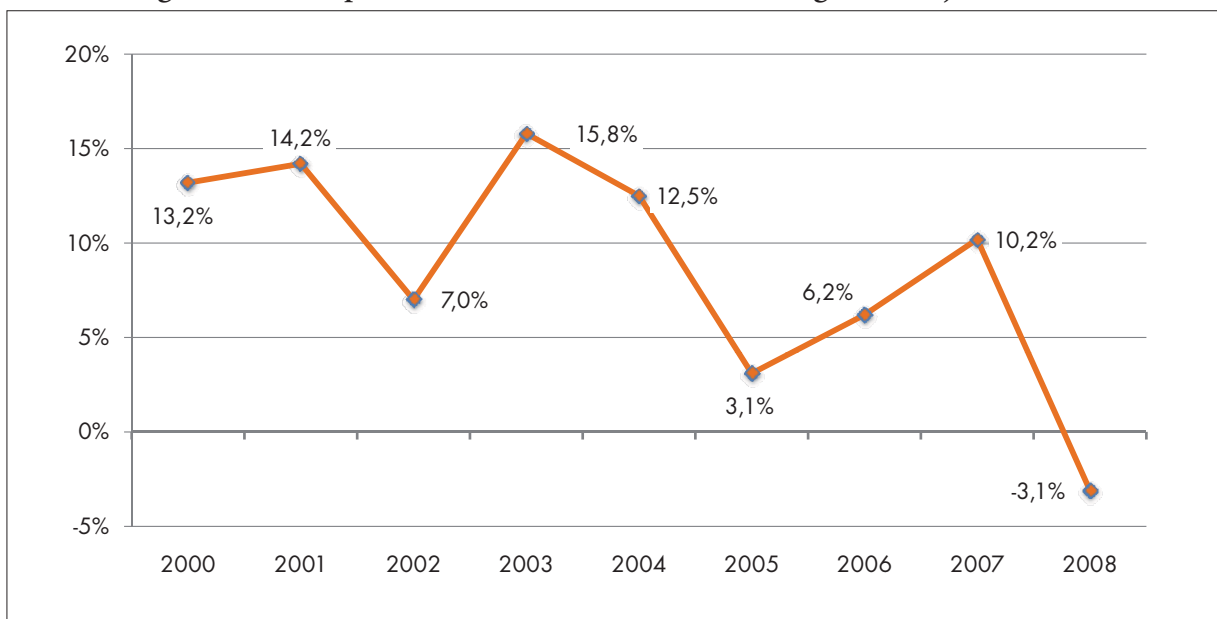

Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2005/wp/wp_ric/wp_u.htm,
http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2008/mp/op/op_u/op1108_u.htm

Entwicklung der Industrieproduktion 2007 und 2008 (jeweils ab Januar akkumuliert, Veränderung in % gegenüber den entsprechenden Vorjahreswerten)



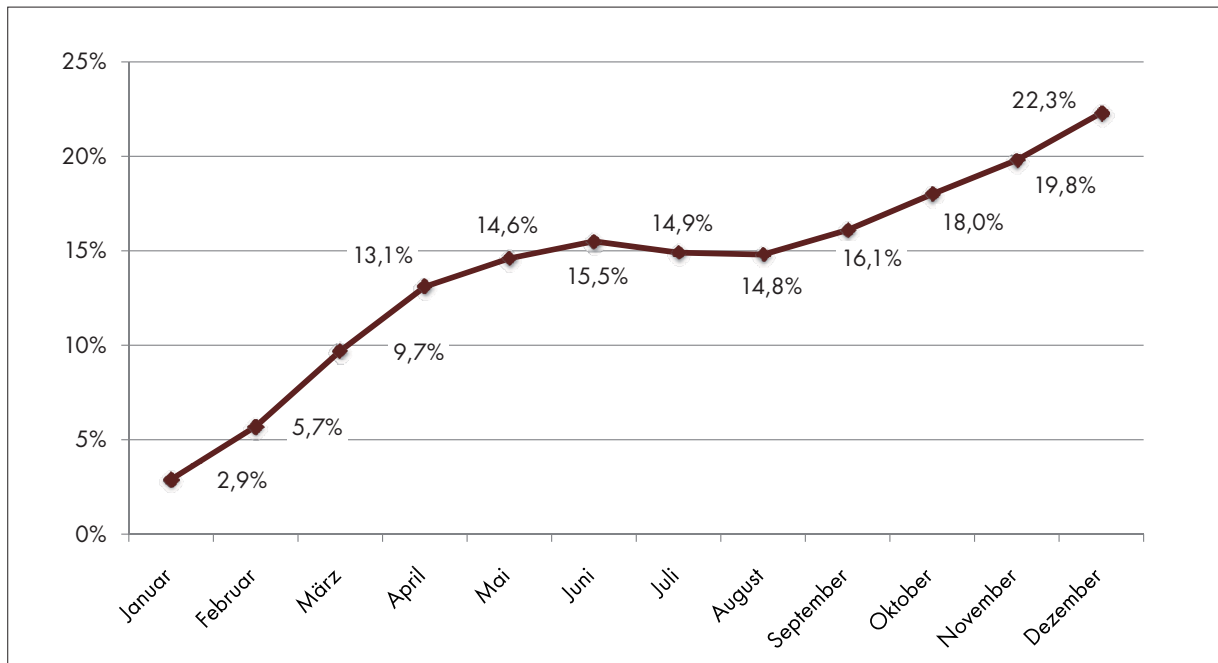
Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, <http://www.ukrstat.gov.ua/>

Entwicklung der Industrieproduktion 2000–2008 (Veränderung zum Vorjahr in %)



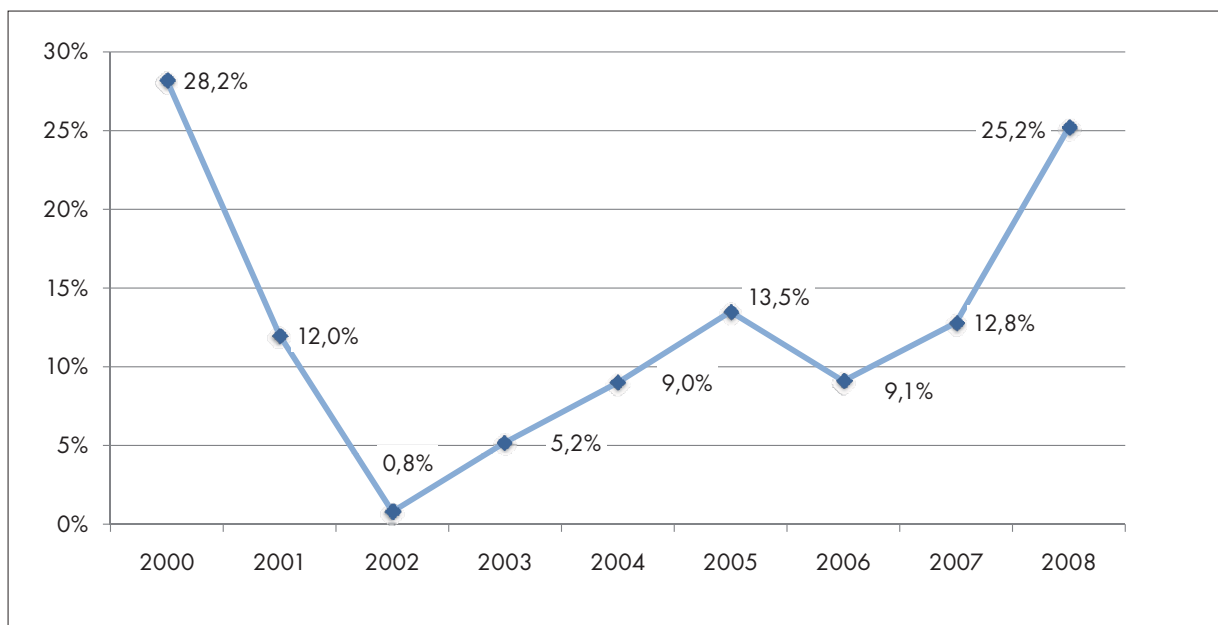
Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2008/so_ek_r_u/soekru_u/11_2008/page_04.htm

Inflationsraten 2008 (Verbraucherpreisindex, monatsweise gegenüber Dezember 2007)



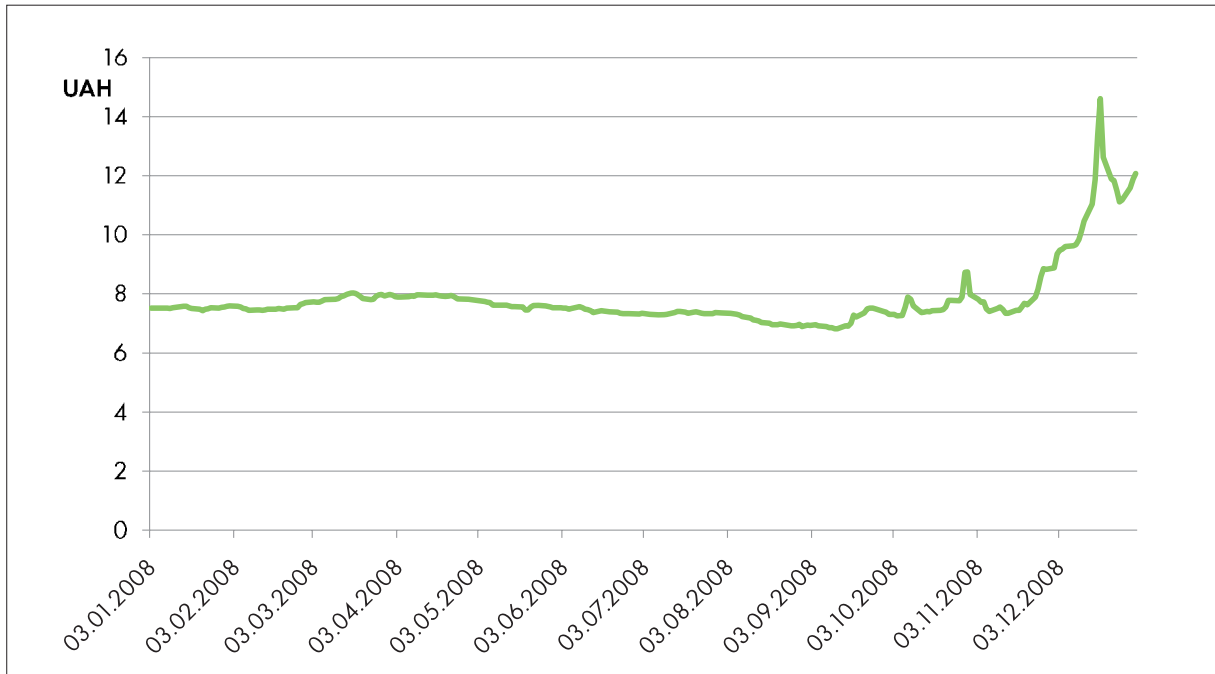
Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2008/ct/isc+icv/cv_2008_un.htm

Inflationsrate 2000–2008 (Veränderung in % zum Vorjahr)



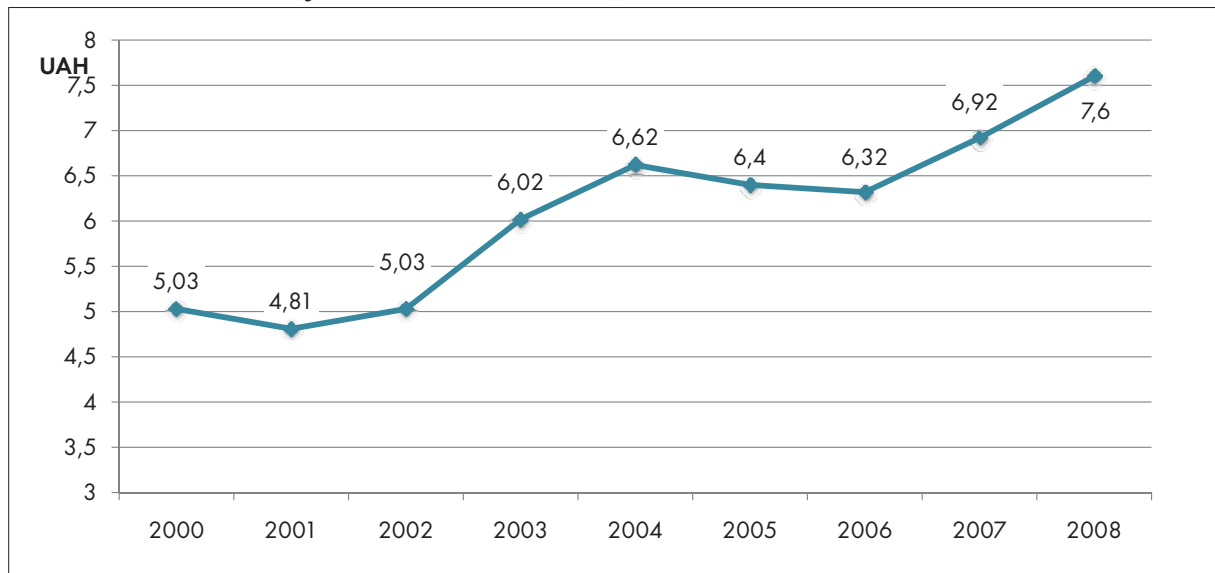
Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2006/ct/cn_rik/isc/isc_u/isc_per_u.htm

Realer Euro-Wechselkurs in Kiewer Banken 2008 (Verkauf)



Quelle: Finance.ua, <http://charts.finance.ua/ru/currency/cash/-/2/usd/3>

Wechselkurs des Euro (Jahresdurchschnittswert)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, http://ierpc.org/ierpc/memu/memu_96_oct_08_en.pdf

Zusammengestellt von Katerina Malygina.

Chronik
Vom 9. Dezember 2008 bis zum 27. Januar 2009

9.12.2008	Wladimir Litwin, Vorsitzender des gleichnamigen Blocks, wird mit 244 von 422 Stimmen zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Er bekleidete diesen Posten bereits in den Jahren 2002–2006.
9.12.2008	Der neue Parlamentspräsident Wladimir Litwin gibt die Bildung einer Koalition aus den Fraktionen Block Timoschenko, Unsere Ukraine und Block Litwin bekannt. Kurz darauf erklärt die Fraktion Unsere Ukraine, dass sie die Koalitionsvereinbarungen nicht befürworte und die Unterschrift unter die Koalitionsvereinbarung nicht von dem dazu berechtigten Fraktionsführer Wjatschewslaw Kirillenko geleistet worden sei, sondern von seinem Stellvertreter, Boris Tarasjuk, der dazu nicht befugt sei.
10.12.2008	Die Fraktion Unsere Ukraine beschließt die Koalitionsvereinbarungen weiter zu bearbeiten. Xenia Ljapina, Abgeordnete von Unsere Ukraine, sagt, dass der Koalitionsvertrag innerhalb von vier Tagen ausformuliert sein müsse, andernfalls sei der Parlamentspräsident gezwungen, die Ausrufung der Koalition zu annullieren.
11.12.2008	Oleg Sarubinski, Abgeordneter des Block Litwin, erklärt, dass sich alle Koalitionspartner geeinigt hätten, auch auf den konkreten Text des Koalitionsvertrages.
16.12.2008	Auf der Fraktionssitzung von Unsere Ukraine entscheidet sich eine knappe Mehrheit (bestehend aus den mindestens erforderlichen 37 Stimmen) für die Koalition mit den Blöcken Timoschenko und Litwin. Tags zuvor hatten sich nur 36 Abgeordnete dafür ausgesprochen. Der Fraktionsführer Wjatschewslaw Kirillenko und sein Vertreter Iwan Swaritsch erklären ihren Rücktritt.
16.12.2008	Im Parlament wird offiziell die Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen Unsere Ukraine, Block Timoschenko und Block Litwin geschlossen. Darin aufgeführte Schwerpunkte sind die europäische Integration und die Bekämpfung der Folgen der globalen Finanzkrise. Die Koalition trägt den Namen »Nationale Entwicklung, Stabilität und Ordnung«. Die Partei der Regionen droht jedoch alle Parlamentsmandate niederzulegen und damit den Präsidenten zur Ausrufung vorgezogener Wahlen zu zwingen, wenn man ihr weiterhin keine Beachtung schenke.
17.12.2008	Die Pressestelle des Präsidenten Viktor Juschtschenko meldet, dieser hoffe, alle Abgeordneten von Unsere Ukraine, die der Koalition ihre Unterschrift gegeben hätten, würden aus der Partei ausgeschlossen und ihren Abgeordnetensitz verlieren.
18.12.2008	Gazprom droht der Ukraine mit einem Stopp der Gaslieferungen ab dem 1.1.2009, wenn diese ihre Schulden für das bereits gelieferte Gas nicht bezahle. Bisher seien erst 800 Mio. der überfälligen 2,4 Mrd. US-Dollar gezahlt worden.
19.12.2008	Das Parlament entscheidet, die Arbeit der Kommission zur Feststellung von Rechtsverletzungen bei der Lieferung von Waffen an Georgien einzustellen, da alle Dokumente auf die Rechtmäßigkeit der Vorgänge hinwiesen.
19.12.2008	Russland und die Ukraine garantieren der EU, weiterhin Gas zu liefern, unabhängig von den bilateralen Streitigkeiten.
22.12.2008	Präsident Viktor Juschtschenko beschuldigt Ministerpräsidentin Julia Timoschenko sich in Opposition zum Staat zu befinden und sich lediglich für ihren Machterhalt zu interessieren. Darüber hinaus sei ihre Handelspolitik für den Verfall der Währung verantwortlich und die neue Koalition sei nur durch Bestechung zustande gekommen.
23.12.2008	Ca. 5000 Gewerkschaftsmitglieder demonstrieren in Kiew gegen die fehlgeschlagene Politik der Regierung im Kampf gegen die Wirtschaftskrise.
24.12.2008	Der ehemalige Fraktionsführer von Unsere Ukraine, Wjatschewslaw Kirillenko, gibt die Gründung einer neuen 17-köpfigen Abgeordnetengruppe bekannt. Sie trägt den Namen »Für die Ukraine«. Die Mitglieder sind Anhänger des Präsidenten Viktor Juschtschenko und waren der neuen Koalition nicht beigetreten.
25.12.2008	Das Parlament stimmt einem Gesetzesentwurf der Regierung zur Eindämmung des Einflusses der Finanzkrise auf den Bausektor zu. Darüber hinaus werden Steuererhöhungen z. B. für Tabakwaren und Alkohol beschlossen. Auch ein Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor den Folgen der Finanzkrise wird angenommen. Der von der Regierung vorgelegte Haushalt für das Jahr 2009 sowie die nochmalige Erörterung der Vorlage werden vom Parlament abgelehnt.
25.12.2008	Das Parlament beschließt die Absetzung der Leiterin der Fonds für Staatseigentum, Valentina Semenuk-Samsonenko. Tags darauf erklärt sie den Beschluss für verfassungswidrig. Wiederum einen Tag später wird ihr Stellvertreter, Dmitrij Parfenenko, zum vorübergehenden Leiter des Fonds ernannt.
26.12.2008	Das Parlament spricht der Leitung der Ukrainischen Nationalbank ihr Misstrauen aus und fordert Präsident Viktor Juschtschenko auf, Wladimir Stelmach von seiner Führungsposition zu entbinden.

26.12.2008	Das Parlament verabschiedet mit der Mindeststimmzahl den Haushalt für das Jahr 2009. Zwei Tage später unterschreibt Präsident Viktor Juschtschenko das Dokument.
30.12.2008	Alexej Miller, Chef von Gazprom, wiederholt seine Drohung gegenüber der Ukraine: wenn es keinen neuen Vertrag über die Gaslieferungen gibt, wird ab 1.1.2009 kein Gas mehr in die Ukraine fließen.
31.12.2008	RosUkrEnergO, der Gas-Zwischenhändler zwischen Gazprom und Naftohaz, erklärt, die zugesagten 1,5 Mrd. US-Dollar für die russischen Gaslieferungen von November und Dezember 2008 noch nicht erhalten zu haben. Präsident Viktor Juschtschenko hatte tags zuvor den Ausgang der Zahlung bestätigt. Darüber hinaus fordert die russische Seite die Zahlung einer Vertragsstrafe von mehr als einer halben Mrd. US-Dollar. Bogdan Sokolowski, Sonderbeauftragter des Präsidenten für Energiefragen, sagt, dass die Ukraine den angebotenen Gaspreis von 250 US-Dollar pro 1000 m ³ bei einem gleich bleibenden Preis für den Gastransit nicht akzeptieren könne.
1.1.2009	Gazprom liefert kein Gas mehr für die Ukraine; das Gas für Westeuropa wird aber weiterhin in die Leitungen gepumpt. Gazprom erklärt die Delegation von Naftohaz Ukrainy für nicht unterschriftsbefugt für den neuen Gasvertrag. Die ukrainische Seite wirft Gazprom vor, die Verhandlungen abgebrochen zu haben.
2.1.2009	Russland wirft der Ukraine vor, für Westeuropa bestimmtes Gas zu stehlen. In Ungarn, Polen und Rumänien kommt bereits weniger Gas an.
4.1.2009	Gazprom verkündet einen Gaspreis für die Ukraine von 450 US-Dollar pro 1000 m ³ für den Januar 2009. 2008 hatte der Preis bei 179,5 US-Dollar gelegen.
5.1.2009	In Kiew trifft eine Delegation der Europäischen Union ein, um Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gassektor zu erörtern.
5.1.2009	Gazprom beschließt große Mengen Gas nicht mehr über die Ukraine, sondern auf anderen Wegen, z. B. über Belarus, nach Europa zu pumpen. Etliche Länder in West-, Südost- und Südeuropa melden Lieferausfälle.
6.1.2009	Nach Angaben von Naftohaz Ukrainy drosselt Gazprom den Umfang der Gaslieferungen auf 92 Mio. m ³ pro Tag. Die Aufnahme neuer Verhandlungen wird vereinbart.
7.1.2009	Von Russland aus fließt kein russisches Gas mehr durch die Ukraine nach Westeuropa. Die Vertragsparteien geben sich an der Einstellung der Lieferungen gegenseitig die Schuld.
7.1.2009	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso einigen sich auf die baldige Einreise technischer Experten der EU in die Ukraine, um die von Russland nach Europa gelieferte Gasmenge zu kontrollieren. Wladimir Putin, Ministerpräsident Russlands, lehnt diesen Vorschlag Tags darauf ab.
9.1.2009	Russland und die Europäische Union unterzeichnen ein Protokoll über die Überwachung der Durchleitung russischen Gases über ukrainisches Territorium, an der auch russische Beobachter beteiligt sein werden. Die ersten EU-Experten treffen in Kiew ein. Auch der tschechische Ministerpräsident Mirek Topolánek, dessen Land seit Jahresbeginn die EU-Ratspräsidentschaft innehat, trifft in Kiew ein.
11.1.2009	Die Vereinbarung über die Kontrolle der Gasdurchleitungen durch die Ukraine zwischen Russland, der EU und der Ukraine scheitern, da sich Russland mit einem handschriftlichen Vertragszusatz von ukrainischer Seite über die Schuldenfreiheit der Ukraine gegenüber Gazprom nicht einverstanden erklärt. Tags darauf unterschreiben alle Beteiligten das Abkommen. Das Problem des Gaspreises und der Transitgebühren ist damit jedoch noch nicht gelöst.
12.1.2009	Präsident Viktor Juschtschenko entlässt seinen Vertreter im Parlament, Pjotr Olijnyk, der gleichzeitig stellvertretender Leiter des Präsidialsekretariats war. Er selbst habe dies gewünscht, da sein Name in letzter Zeit in Zusammenhang mit einer Korruptionsaffäre genannt worden sei.
13.1.2009	Viktor Janukowitsch, Vorsitzender der Partei der Regionen, schlägt vor, die Regierung und den Präsidenten abzusetzen. Auch Pjotr Simonenko, Leiter der Kommunistischen Partei, spricht sich für ein Impeachment-Verfahren gegen den Präsidenten aus.
13.1.2009	Russisches Gas fließt wieder in das ukrainische Pipeline-System, wird jedoch nicht nach Europa weitergeleitet, weil es laut Naftohaz Ukrainy in eine ungeeignete Röhre gepumpt worden sei.
14.1.2009	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko wiederholt die Forderung der Ukraine an Russland, zusätzliches »technisches Gas« zu liefern, damit die Durchleitung russischen Gases nach Europa für die Ukraine ohne Verluste erfolgen könne. Oleg Dubina, Chef von Naftohaz, bittet Gazprom, dieses Gas schnell zu liefern, man wolle später dafür bezahlen.

15.1.2009	Die Ukraine wird das russische Gas nicht nach Europa weiterleiten, solange nicht ein Vertrag über die technischen Details unterschrieben ist, sagt der Beauftragte des Präsidenten für Energiesicherheit Bogdan Sokolowski.
15.1.2009	Das Parlament überstimmt das Veto des Präsidenten zum Gesetz über die Minimierung des Einflusses der Finanzkrise auf die einheimische Industrie.
16.1.2009	Nikolai Martynenko wird zum Nachfolger Wjatscheslaw Kirillenos als Fraktionsvorsitzender von Unsere Ukraine gewählt.
16.1.2009	Präsident Viktor Juschtschenko lädt wegen des Gasstreits zu einem Gipfeltreffen nach Kiew ein, obwohl für den Folgetag bereits ein Treffen in Moskau anberaumt ist, zu dem Ministerpräsidentin Julia Timoschenko reist.
19.1.2009	Die Ministerpräsidenten Russlands und der Ukraine, Wladimir Putin und Julia Timoschenko, finden in Moskau eine Einigung im Erdgasstreit. Am Folgetag wird der Vertrag von den beiden Unternehmenschefs Oleg Dubina (Naftohaz) und Alexej Miller (Gazprom) unterzeichnet.
20.1.2009	Seit dem frühen Morgen pumpt Gazprom wieder Erdgas durch die Ukraine in Richtung Europa.
20.1.2009	Das ukrainische Außenministerium spricht auf seiner Internetseite im Zusammenhang mit dem Gasstreit von einem »Gasanschlag« Russlands, der die innere Lage der Ukraine destabilisieren und die europäischen Partner aufwiegeln solle.
20.1.2009	Nach vielen gescheiterten Terminvereinbarungen besucht Präsident Viktor Juschtschenko den Präsidenten von Belarus, Alexander Lukaschenka. Nach den Gesprächen verkünden sie, dass die Ukraine Strom nach Belarus exportieren wird. Auch der Transit durch Belarus ins Baltikum ist geplant.
21.1.2009	Die Regierung der Ukraine fordert Präsident Viktor Juschtschenko auf, den Leiter der Nationalbank Wladimir Stelmach zu entlassen. Ihm werden Geldwäsche und Korruption vorgeworfen, auch sei er für den Verfall des Wechselkurses verantwortlich.
23.1.2009	Die Ukraine muss den Gasvertrag mit Russland genau prüfen und dann Änderungsvorschläge unterbreiten, sagt der Wirtschaftsberater des ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko, Alexander Schlapak. Alexander Turtshinow, der erste Stellvertretende Ministerpräsident, weist mögliche Nachverhandlungen zurück.
24.1.2009	Präsident Viktor Juschtschenko unterschreibt ein Gesetz zur Veröffentlichung und Untersuchung von Archivdokumenten über die ukrainische Befreiungsbewegung, politische Repressionen und die Hungersnot von 1932/33.
26.1.2009	Der stellvertretende Vorsitzende vom Block Timoschenko Andrej Portnow sagt, dass der Beginn des Impeachment-Verfahrens gegen Präsident Viktor Juschtschenko davon abhängt, ob er den Leiter der Ukrainischen Nationalbank Wladimir Stelmach entlassen werde.
26.1.2009	Auf einer außerordentlichen Sitzung beschließt das Parlament seinen Beschluss aus dem Jahr 2004 über die Einsetzung Wladimir Stelmachs in das Amt des Leiters der Ukrainischen Nationalbank aufzuheben. Der stellvertretende Parlamentspräsident Alexander Lawrinowitsch verurteilte diesen Schritt, da eine derartige Personalentscheidung laut Verfassung vom Präsidenten getroffen werde.
27.1.2009	Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz verkündet EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, die Ukraine solle in Zukunft besser in die Energiegemeinschaft der EU eingebunden werden. Eine bessere Zusammenarbeit im Energiesektor wird vereinbart. Präsident Viktor Juschtschenko versichert seinerseits, dass die Ukraine den neuen Gasvertrag mit Russland in vollem Umfang erfüllen werde.

Die Ukraine-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

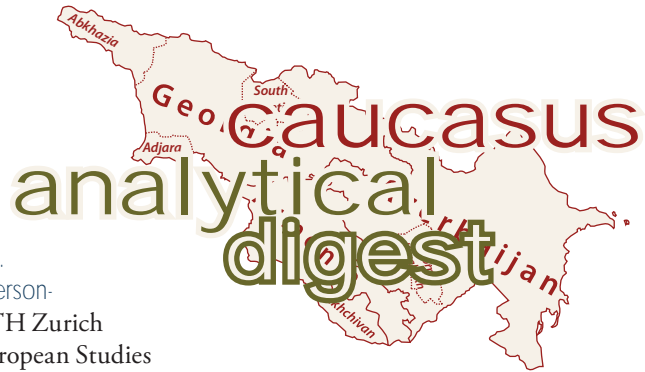
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Caucasus Analytical Digest

We are pleased to announce a new online publication: The Caucasus Analytical Digest (CAD). CAD is a monthly internet publication jointly produced by the Heinrich Böll Foundation in Tbilisi (www.boell.ge), the Research Centre for East European Studies at the University of Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de), the Jefferson Institute in Washington, DC (www.jefferson-inst.org) and the Center for Security Studies (CSS) at ETH Zurich with support from the German Association for East European Studies (DGO). The Caucasus Analytical Digest analyzes the political, economic, and social situation in the Southern Caucasus within the context of international and security dimensions. Subscription is for free.

You are welcome to subscribe to the CAD mailing list at www.res.ethz.ch/analysis/cad



Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themen-bereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de